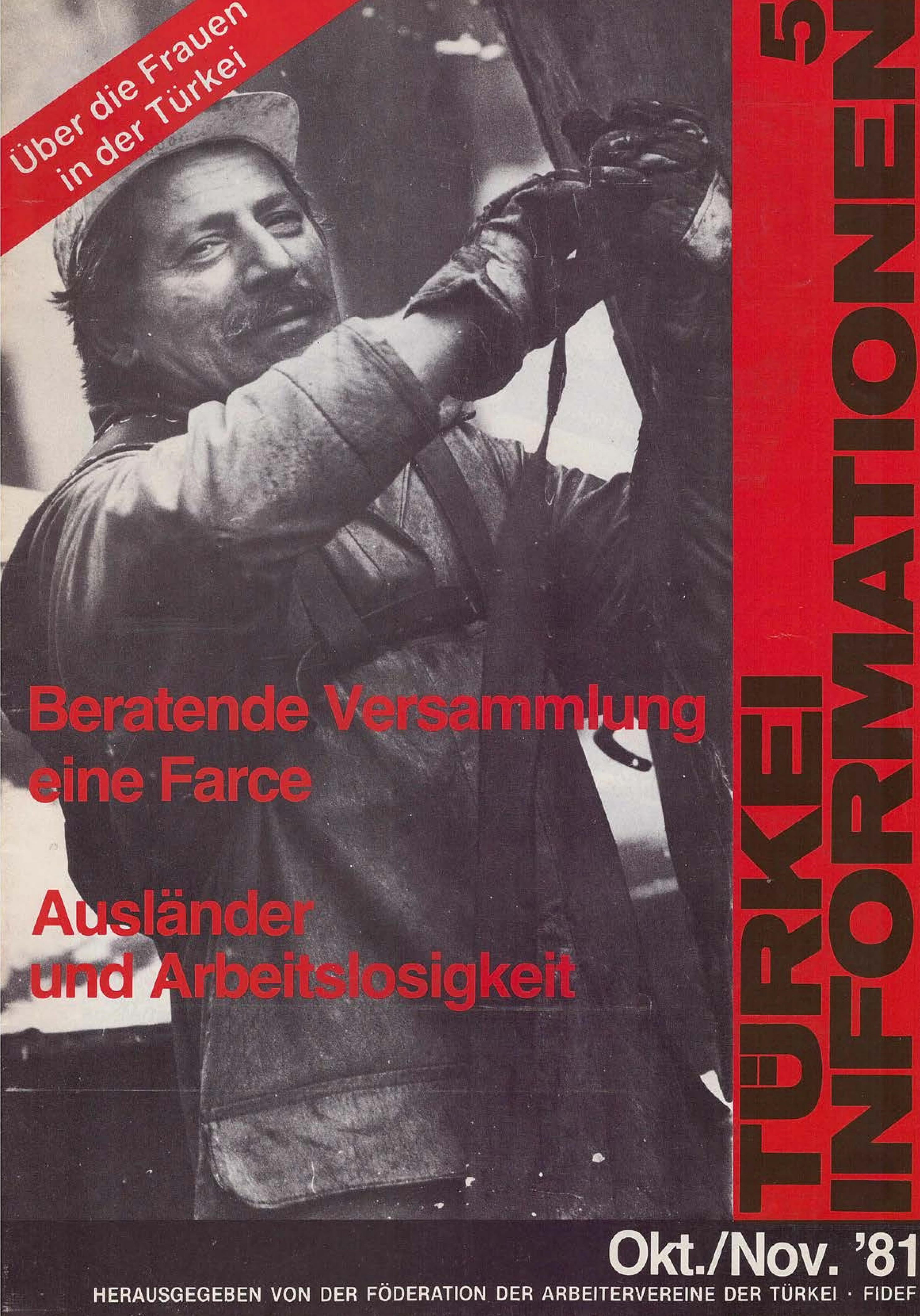

Über die Frauen
in der Türkei
Beratende Versammlung
eine Farce
Ausländer
und Arbeitslosigkeit
TÜRKEI
INFORMATION 5
Okt./Nov. '81
HERAUSGEGEBEN VON DER FÖDERATION DER ARBEITERVEREINE DER TÜRKEI · FIDEF

Aus der Solidaritätskiste der FIDEF

FİDEF

1. JUNI '81
INTERNATIONALER KINDERTAG
1 HAZİRAN '81
DÜNYA ÇOCUKLAR GÜNÜ

YENİ HÜKÜMET DE EMEKLİLİK SORUNUNU ÇÖZEMEDİ

RENTENFRAGE DER TÜRKISCHEN ARBEITER IN DER BRD UNGELÖST

FIDEF

Benim yaşanımın son bulması kaçınılmazdır ama Türkiye işçi sınıfına ihanet ... Asla!
KEMAL TÜRKLER 1926—...
FIDEF

mach mit!
27 DEZ. 80/ 3 JAN. 81
FİDEF
Ausländer raus!
WOCHE DER FREUNDSCHAFT
GEGEN DIE AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

FÜR DIE RECHTLICHE, SOZIALE UND POLITISCHE GLEICHSTELLUNG VON DEUTSCHEN UND AUSLÄNDISCHEN ARBEITERN IN DER BRD
FIDEF
YERLİ VE YABANCI İŞÇİLERİN HUKUKİ SOSYAL VE POLİTİK EŞİTLİĞİ İÇİN

'TÜRK-FEDERASYON' DERHAL KAPATILSIN!
GRAUE WÖLFE JETZT VERBIETEN!
FIDEF

GEMEINSAM GEGEN NATO-RAKETEN • AZUMO ZUMO ISRAK ENİLRETEKOR OTAN • FİDEF • NATO ROKETLERİNE KARŞI OMUZ OMUZA

Plakat: 3,– DM
Button: 1,– DM
plus Porto
Zu bestellen bei:
FIDEF
Lichtstr. 31
4 D'dorf 1

TÜRKEI
INFORMATIONEN

in diesem heft

Okt./Nov.'81

Impressum
Türkei-Informationen – Herausgegeben vom Bundesvorstand der FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik) FIDEF – Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: C. Demirok, Redaktionsanschrift: Türkei-Informationen, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: (02 11) 66 42 84.
Türkei-Informationen erscheinen monatlich. Ein Abonnement für 12 Ausgaben kostet 36 DM incl. Porto. Redaktionsschluß dieser Ausgabe 20.10.81.
Druck: Plambeck & Co — Neuss

Briefe an: Türkei-Informationen Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Ich habe mich sehr gefreut, als ich beim Besuch eines Volksfestes (in Leverkusen) auch einen Stand von FIDEF (Verein von Köln) sichten konnte. Bei dieser Gelegenheit fielen mir dann endlich auch die schon längere Zeit angekündigten Buttons in die Hände.

Was den Button „Gemeinsam gegen NATO-Raketen" angeht, möchte ich nach eingehender Diskussion mit Freunden einige Kritikpunkte bzw. Verbesserungsvorschläge anbringen — auch wenn Ihr sie vielleicht nicht mehr berücksichtigen könnt.

Wäre es denkbar, die Buttons auch in Form von Aufklebern, evtl. auch als Aufkleber für Streichholzschachteln herzustellen? (vgl. beiliegende Beispiele) Eine andere Sache, die ich heute ansprechen möchte, bezieht sich auf Informationsstände und Veranstaltungen von FIDEF-Vereinen. Sehr positiv wird die zunehmende Bereicherung solcher Aktivitäten durch Plakate (z.B. Lutz-Görner-Tournee, Internationaler Tag des Kindes), die Bereitstellung von Platten/Kassetten von der Tournee, Südmeyra etc.) sowie Foto-Ausstellungen u.ä. aufgenommen. Dieses Angebot kann jedoch nicht ausreichen, das (wachsende) Informationsbedürfnis der (deutschen) Kollegen über die Situation (der ausländischen Kollegen) in der Türkei und in der Bundesrepublik abzudecken. Zum Abschluß noch einige Bemerkungen zu Eurem Arbeitsbereich Türkei-Informationen: Die Aufmachung der Zeitschrift ist im Verlaufe der einzelnen Ausgaben noch besser geworden (formal und inhaltlich); sie hat zunehmend ihr eigenes Gesicht erhalten (Nicht zuletzt kann der Erfolg daran gemessen werden, daß andere Kreise versucht haben, — schlecht — zu kopieren: „Türkei-Info").
Unter dem Aspekt, Kollegen anzusprechen, sie für Türkei-Informationen zu interessieren, halte ich die entwickelte äußere Form für sehr bedeutsam (z.B. der Druck von Gedichten von Nazim Hikmet auf dem rückwärtigen Umschlag: sehr ansprechend!) Das Sonderheft „Neue Dokumente..." ist (unglücklicherweise) ein echter „Knüller" und vermag eine bisherige Informationslücke zu schließen. Inzwischen mußte ich leider erfahren, daß es auch in Ludwigsburg (noch unorganisierte) Graue Wölfe gibt.
Möglingen C. Potrzebski

Sie haben in Ihrem Heft Sept./Okt. 80 auf Seite 37 auf ein Buch von Dr. Serol Teber hingewiesen, das auch in deutscher Sprache erscheinen soll, u. zwar unter dem Titel „Arbeitsmigration und Verhaltensstörungen". Da ich mich bisher vergebens um dieses Buch bemüht habe, möchte ich Sie bitten, mir genauere Angaben über den Verlag und evtl. den Übersetzer zu machen. Falls dies nicht möglich ist, können Sie mir vielleicht die Anschrift des Autors mitteilen? Oder, wer hat die Rezension in Ihrer Zeitung geschrieben?
Im Voraus vielen Dank für Ihre Hilfe
Karlsruhe, U. Junker

•

Allen Interessenten an der deutschen Ausgabe dieses Buches möchten wir mitteilen, daß mit seinem Erscheinen im Frühjahr 1982 zu rechnen ist. Die Korrespondenzanschrift des Autors lautet: Dr. S. Teber, Bahnhofstr. 33, 4650 Gelsenkirchen.

•

Ich lese die Türkei-Informationen ziemlich regelmäßig, d.h., soweit sie regelmäßig erscheinen. Die meisten Artikel finde ich sehr aufschlußreich. In den üblichen großen Zeitungen in der BRD ist ja leider nur sehr selten über die Türkei was zu lesen — und wenn doch, dann erscheinen die Nachrichten doch sehr aus dem Zusammenhang gegriffen. Im großen und ganzen bin ich also bisher sehr zufrieden.
Aber manchmal werde ich doch ein bißchen ungeduldig, weil mir einfach zu viele Wiederholungen vorkommen – zu Lasten neuer Informationen. Muß denn z.B. in jeder Ausgabe, ja fast in jedem Artikel betont werden, daß in der Türkei Gewerkschafter verhaftet wurden, daß gefoltert wird? Nicht, daß die Tatsachen etwa verschwiegen werden sollten, nur meine ich, daß wohl die meisten Leser von Türkei-Informationen diese Tatsachen doch schon kennen, oder?
Emden R.Henrichs

•

Die Türkei-Informationen decken einen erheblichen Teil meines Bedarfs an Neuigkeiten aus der Türkei. Manchmal aber fehlen mir leider die nötigen Grundkenntnisse, um alles richtig zu verstehen. Ich würde mir eine Rubrik wünschen oder so was ähnliches, wo mal über solche Grundsätzlichkeiten aus der Türkei informiert wird; ich denke da z.B. an Sachen wie „Wie ist die Türkei politisch organisiert? – (Gemeinden, Provinzen und so)" – „Wie ist die Gerichtsbarkeit organisiert?" oder auch „Feiertage in der Türkei" und so was. Ihr wißt doch sicherlich besser, was in der Türkei anders geregelt ist im Vergleich zu hier. Vielleicht würden ja auch gelegentliche Literaturhinweise hierzu schon beitragen können.
Genf M. Hütter

•

Neulich habe ich eine Ausgabe von den Türkei-Informationen in die Hände bekommen mit dem Thema „Frauen in der Türkei". Gut finde ich, daß das Bild von der Türkin als „armes bedauernswertes Wesen" mal etwas in Frage gestellt wird. Ich habe in vielen Veröffentlichungen zu diesem Thema leider viel zu häufig diesen Eindruck erhalten. Andererseits bin ich erschrocken gewesen, wie kaltblütig über Meryem in der gleichen Ausgabe berichtet wird. Ich frage mich, ob Märtyrertum, wie dort doch wohl angedeutet, eine spezielle Form der Trauer in der Türkei ist. Ob nicht auch Meryem vor allem leben wollte, und zwar glücklich leben wollte? Und haben ihre Kollegen und Freunde nur ihren Heroismus bewundert oder auch um sie getrauert?
Sprockhövel S. Dietze

•

Berichtigung:
Bei der Übertragung der Fakten über den Papst-Attentäter Agca ist uns auf S. 23 unseres letzten Heftes (TR-Informationen 4/81) ein sinnentstellender Fehler unterlaufen. Die ersten vier Zeilen der Spalte drei müßten eigentlich lauten:
... Mersan habe zwar nicht gestanden, Agca den falschen Reisepaß in Bulgarien übergeben zu haben; in seiner Aussage habe er jedoch erklärt..."



Ausländer und Arbeitslosigkeit: . . . und du bist raus!

Die Meldungen über das Anwachsen der Arbeitslosigkeit überschlagen sich: VDM wird stillgelegt. Adler wird stillgelegt. Zulieferbetriebe machen dicht. Die höchste Arbeitslosenzahl für September seit 1951. Und wenn man die Prognosen der Experten hört, soll das wohl noch eine Weile so weitergehen. Die Kürzungen der öffentlichen Etats in den ökonomisch relevanten Bereichen, die beharrliche Weigerung der Bundesregierung, ein Beschäftigungsprogramm auzulegen, verbunden mit dem immer stärkeren Anstieg der vollkommen unproduktiven Rüstungsausgaben, machen es wahrscheinlich, daß die Experten recht behalten.

Diese Entwicklung ist natürlich nicht unvermeidlich wie ein Naturgesetz. Daß es auch anders geht, zeigt der Kampf der Kollegen bei Adler, die zumindest einen Teilerfolg erringen, einen Teil ihrer Arbeitsplätze vor der Vernichtung bewahren konnten.
Es gibt jedoch noch keine Anzeichen dafür, daß die Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik mit ihren Aktionen die Rüstungsausgaben der Bundesregierung zugunsten einer an den Interessen der arbeitenden Menschen orientierten Wirtschaftspolitik kurzfristig beeinflussen könnten. Also muß weiterhin mit einem Anwachsen der Arbeitslosenzahl gerechnet werden. Und da sind drei Gruppen, die es immer wieder trifft: Frauen, Jugendliche und Ausländer.

Letzter rein, erster raus

Woran liegt es nun, daß Ausländer öfter arbeitslos werden als ihre deutschen Kollegen? Wie funktioniert der Mechanismus, der die ausländischen Arbeiter zur Verschiebemasse des Kapitals auf dem Arbeitsmarkt degradiert?
Da spielt einmal die Dauer der Betriebszugehörigkeit eine Rolle. Auch wenn heute die Mehrzahl der ausländischen Kollegen schon acht bis zehn Jahre in der BRD lebt und arbeitet, haben sehr viele erst nach Jahren einen halbwegs akzeptablen Arbeitsplatz gefunden. Andere wechselten Arbeitsplatz gefunden. Andere wechselten lange Jahre von Betrieb zu Betrieb auf der Suche nach beruflichen Aufstiegschancen, die man ihnen vor der Emigration versprochen hatte. So sind sie oft viel kürzer im Betrieb als deutsche Kollegen und kommen daher bei Kündigungen als erste dran.
Viel wichtiger aber das Problem der Beschäftigungsbereiche, in denen viele Ausländer zu finden sind. Es waren immer die schwersten und am schlechtesten bezahlten Arbeitsplätze, die den ausländischen Arbeitern zugänglich waren. Dies drückt sich auch strukturell aus. Viele Branchen, viele Betriebe waren schon seit langem nicht mehr in der Lage, bei normalen Löhnen zu überleben. Überalterte Maschinen machten die Arbeit schwer und unproduktiv, schlechtes Management führte immer tiefer in die Krise, der Druck strukturstärkerer Konkurrenten auf den Markt verringerte die Profitspannen.
Aber wie vom Heimmel gesandt waren da die ausländischen Arbeiter. Sie waren bereit, die schwere Arbeit zu tun. Sie wurden oft angelernt und führten höherqualifizierte Arbeiten aus und wurden doch nur als Hilfsarbeiter bezahlt. Das Lohnniveau blieb niedrig genug, um diesen Betrieben das Überleben zu ermöglichen.
Mit der Rezession, die wir derzeit erleben, ist nun die Gnadenfrist für solche Branchen und Betriebe aus.

Die Löhne können nicht mehr so weit gedrückt werden, daß ein Weiterwursteln für noch ein oder zwei Jahre möglich wird. Die Rezession ist der Moment für das Kapital, unrentabel gewordenen Bestand abzuschreiben, die Konzentration und Monopolisieung voranzutreiben.
Die Konsequenz: Der Türk' hat seine Schuldigkeit getan, der Türk' kann geh'n. Die großteils ausländische Belegschaft solcher Betriebe, oft noch in strukturschwachen Gebieten angesiedelt, wandert schnurstraacks in die Arbeitslosigkeit.

„Warum gehst du nicht nach Hause?!"

Mit dem Beginn der Arbeitslosigkeit setzt dann die Diskriminierung gleich auf drei Ebenen ein – auf offizieller, halboffizieller und inoffizieller. Hochoffiziell, im Gesetz festgeschrieben, ist die Nachrangigkeit von Arbeitern, die aus Ländern außerhalb der EG kommen. In der Praxis bedeutet der § 19 AFG (Arbeitsförderungsgesetz), daß ein Arbeitsplatz erst dann einem Türken oder Spanier angeboten werden darf, wenn sich keine geeigneten deutschen oder ihnen gleichgestellten Bewerber finden lassen.
Weiter geht's mit der halboffiziellen Diskriminierung. Viele ausländische Arbeiter haben sich an ihren jeweiligen Arbeitsplätzen qualifiziert, haben Fachkenntnisse erworben. Bei der Arbeitssuche sind solche Kenntnisse sehr hilfreich, qualifizierte Kräfte finden eher einen Arbeitsplatz. Die Ausländer werden aber meist nicht als Fachkräfte anerkannt. Entweder verlangt man von ihnen formale Qualifikationsnachweise, die sie nicht haben. Oder man verlangt den Nachweis, daß sie schon an entsprechend qualifizierten Arbeitspläten gearbeitet haben. Das wiederum können viele nicht nachweisen, weil sie zwar an einem solchen Arbeitsplatz gearbeitet haben, aber nur als un- oder angelernte Arbeitskräfte bezahlt wurden. Und wenn das Hindernis überwunden sein sollte, werden unzureichende Deutschkenntnisse ins Feld geführt (wie hat es aber dann beim vorigen Arbeitsplatz geklappt?).
Und dann folgt noch die inoffizelle Diskriminierung. Das fängt an mit dem scheelen Blick, den ein Ausländer oft erntet, wenn er nach dem Weg zum Arbeitsamt fragt. Das setzt sich oft in dem Verhalten mancher Arbeitsamtsmitarbeiter und reicht manchmal bis zur unverblümten Frage: „Warum gehst du nicht nach Hause?"

„Nicht integrationsfähig"

Auch deutsche Nachbarn und Kollegen glauben leider oft nur allzugern, was ihnen von der Springer-Presse über manche Fernsehsendungen bis hin zu einigen Spitzenpolitikern immer wieder gesagt wird – daß nämlich unsere Probleme halb gelöst wären, wenn die „nicht Integrationsfähigen" unter den Ausländern in ihre Ursprungsländer zurückkehren würden. Und daß ein arbeitsloser Ausländer nicht integrationsfähig ist, das ist doch klar, oder??
Arbeitslose Ausländer beweisen ihre mangelnde Integrationsbereitschaft aber auch noch auf anderen Wegen. Ausländer verdienen im Schnitt weniger als Deutsche, sie zahlen aber durchschnittlich ebensoviel Miete, obwohl ihre Wohnungen kleiner und schlechter sind. Da nun auch oft die Familien größer sind, kommt die Haushaltskasse in Unordnung. Es ist am Ersten einfach kein Geld für die Miete da, wenn nur noch 68 Prozent vom letzten Netto ausgezahlt werden. Umziehen in eine billigere Wohnung? Völlig aussichtslos, es gibt keine billigeren Wohnungen, für Ausländer schon gar nicht. Also bleibt man notgedrungen die Miete schuldig. Also bei Mietschulden, da muß man die Leute doch schon als integrationsunwillig bezeichnen, nicht wahr?
Das Nachspiel, mit Räumungsklage, Zwangsräumung, Einweisung in eine kommunale Notunterkunft bedeutet dann oft auch die Ausweisung.
Auch wenn die Arbeitslosigkeit trotz aller Anstrengungen die Zeit des Bezugs von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe übersteigt, ist die Ausweisung nicht weit. Der Bezug von Sozialhilfe kann in einem solchen Fall ohne weiteres einen Ausweisungsgrund darstellen.

Gemeinsamer Kampf – gemeinsamer Sieg

Diese Situationsbeschreibung mag auf den Leser sehr pessimistisch wirken. Es besteht auch tatsächlich kein Grund zum Optimismus hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen – wenn wir uns auseinanderdividieren lassen. Gerade jetzt kommt es darauf an, gemeinsam den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze zu führen. Es war eine Demonstration der Möglichkeiten, die ein gemeinsamer Kampf in sich trägt, daß auf der Auftaktkundgebung der Friedensdemonstration Bonn Yaşar Can, Betriebsrat bei Adler in Frankfurt, ehemaliges Mitglied des FIDEF-Bundesvorstandes und zusammen mit deutschen und ausländischen Kollegen aktiv im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze, als Sprecher der FIDEF auftrat. Der Kollege Can rief zum gemeinsamen Kampf um die Arbeitsplätze, um die Rechte der arbeitenden Menschen, um die Erhaltung des Friedens auf. Er zeigte den Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzvernichtung, Krise und NATO-Aufrüstungspolitik auf. Ausländer und Deutsche, so Can, müßten am Arbeitsplatz, in den Gewerkschaften, gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn kämpfen: „Der gemeinsame entschlossene Kampf bringt letztendlich den Sieg über die schon überholten Kräfte des Krieges und der Arbeitslosigkeit."
Dem bleibt nichts mehr hinzuzufügen. ●



DISK-Vorstandsmitglied vor Europarat:

Hunger und Not für die arbeitende Bevölkerung

Anfang Oktober wurde im Europarat in Straßburg erneut eine Resolution angenommen, die die baldmögliche Rückkehr zur Demokratie in der Türkei forderte. Ein wichtiger Aspekt bei diesen Beratungen war die Anhörung von Kemal Daysal, Mitglied des DISK-Vorstandes, auf einer gemeinsamen Sitzung der Politischen und Juristischen Kommission des Europarates. Die Vollversammlung vertagte die endgültige Entscheidung auf Januar: Anfang Dezember soll ein Unterausschuß unter Vorsitz des Labour-Abgeordneten Tom Urwin die Türkei bereisen und anschließend der Vollversammlung Bericht erstatten.

Seit dem Militärputsch am 12. September 1980 in der Türkei ist ein ganzes Jahr vergangen. General EVREN hat erklärt, daß dieser Putsch unvermeidlich gewesen wäre, um dem Terrorismus ein Ende zu machen, die wirtschaftliche Krise zu beheben und eine solide demokratische Basis zu sichern. Er versicherte, daß die Armee anschließend die Regierungsgewalt an Zivilisten zurückgeben und eine parlamentarische Demokratie wieder hergestellt würde.

Analysiert man jedoch die Geschehnisse des vergangenen Jahres, so muß festgestellt werden, daß weder der Nationale Sicherheitsrat noch die Regierung ihre Versprechen wahr gemacht hat. Im Gegenteil läßt sich feststellen, daß seit dem 12. September

- die Verfassung aufgehoben wurde
- unsere meisten elementaren Lebensrechte nicht mehr garantiert sind
- alle unsere demokratischen Institutionen aufgelöst wurden
- unsere Einkommen, unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen und unsere gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten angegriffen und zerstört wurden
- dem DISK und den ihm angeschlossenen Gewerkschaften der Hauptkampf der militärischen Gewalt gilt
- alle Vorsitzenden und sogar die regionalen Gewerkschaftssekretäre und Delegierten wurden von der Staatsgewalt festgenommen; viele von ihnen wurden unter Arrest gestellt.
- unsere legalen Streiks wurden mit Militärgewalt niedergeschlagen
- unser gesamtes Gewerkschaftseigentum wurde beschlagnahmt

Zu einem großen Teil ist es der Junta gelungen, den Terrorismus einzudämmen. Gleichzeitig führt sie aber massive Gefangennahmen der Gewerkschaftsmitglieder durch. Die meisten von ihnen wurden und werden noch heute gefoltert. Weigert man sich, sich der Regierung unterzuordnen, wird jedem mit dem Verlust seiner Nationalität gedroht — wie dies meinen Freunden aus dem Vorstand des DISK und mir selbst geschehen ist.

Die Militärjunta läßt uns nur wählen zwischen unserem Leben oder unserer Staatsangehörigkeit.

Eindeutig klar werden die Absichten der militärischen Organe, wenn man sich vor Augen hält, mit welchen Begründungen sie für 52 Vorstandsmitglieder des DISK die Todesstrafe fordert. Ihnen werden folgende Vergehen vorgeworfen:

- Versuch, einen Generalstreik im Sept. 1976 zu organisieren als Protest gegen die Einführung von Staatssondergerichten
- Generalstreik im März 1978 als Protest gegen die Ermordung von 7 Studenten durch faschistische Terroraktionen in Istanbul
- Aufruf zum Generalstreik im April 1980 als Protest gegen das Verbot des 1. Mai
- Benennung des Taksim-Platzes in Istanbul zum „Platz 1. Mai".

Alle diese Aktionen entsprechen den legalen Möglichkeiten von Gewerkschaftsarbeit vor dem Militärputsch.

Diejenigen, die heute die Todesstrafe für die Vorsitzenden des DISK fordern, wissen sehr wohl, daß der DISK — als Organisation der Arbeiterklasse in der Türkei — selber immer gegen den Terrorismus gekämpft hat. Seine Aktivitäten, Presseerkärungen und zahlreichen Veröffentlichungen haben immer deutlich gezeigt, daß wir seit unserem 14jährigen Bestehen immer und überall gegen jede Form des Terrorismus gekämpft haben und um die Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Werktätigen gerungen habe .

Niemals gab und wird der DISK diese Ziele aufgeben.

DISK – Zielscheibe faschistischen Terrors

Mehr noch, es ist allgemein bekannt, sowohl in der Türkei als auch in der Welt, daß gerade unsere DISK-Mitglieder von den Faschisten ermordet wurden. Es sei hier nur an KEMAL TÜRKLER, Gründer und Vorsitzender des DISK für 11 Jahre, erinnert.

Trotz dieser grausamen Schläge hat der DISK niemals seine Ziele und Prinzipien aufgegeben.

Neben den allgemeinen politischen und sozialen Repressionen gegen den DISK seit dem 12. September wurden außerdem zahlreiche unserer Mitglieder ermordet. Es sei erinnert an:

- A.H. FEYZIOGLU, Rechtsanwalt der MADEN-IS in Bursa, gestorben durch die Folter
- K. BUDAK, 1. Präsident der progressiven Gewerkschaft DERI-IS. Er war einer der Gewerkschaftsvorsitzenden, der sich weigerte,

Fortsetzung auf S. 18



Am 16. Oktober, nur ein Tag nach der Bekanntgabe der vom Nationalen Sicherheitsrat ernannten und in ihrer Mehrheit aus ehemaligen Offizieren und Junta-ergebenen Juristen bestehenden Mitglieder der „Beratenden Versammlung", löste die Junta alle Parteien in der Türkei offiziell auf: ihr Vermögen wurde eingezogen. Diesen drastischen Schritt verteidigte General Evren am gleichen Tag in einer dramatischen Rede, bei der er sein Argument wiederholte, bei einer Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen dürften die Mitglieder der „alten" Parteien keine Rolle spielen, da ihre Unfähigkeit erwiesen sei.

Bülent Ecevit, ehemaliger CHP-Vorsitzender, reagierte mit einem ungewöhnlich scharf ausgefallenen Antwortbrief an die Staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten (TRT), die Evrens Rede ausgestrahlt hatten, und beanspruchte für sich das Recht auf Gegendarstellung. Ecevits Antwort fiel in der Türkei der Junta-Zensur zum Opfer. Anstatt vor die TV-Kameras wurde Ecevit am darauffolgenden Tag zur Militärstaatsanwaltschaft zitiert. Auch der verantwortliche Redakteur der Nachrichtenagentur ANKA, Varlik Özmenek, wurde in diesem Zusammenhang vernommen.

Reaktionen in Westeuropa:

Beratende Versammlung der Junta — eine Farce

Die am 23. Oktober mit großem Gepränge eröffnete „Beratende Versammlung" umfaßt 120 Mitglieder, die von der fünfköpfigen Junta aus einer Liste von 360 von den Provinzgouverneuren zusammengestellten Namen ausgewählt wurden und 40 weitere, von der Junta direkt ernannten Mitgliedern. Die „Beratende Versammlung" bildet zusammen mit dem „Nationalen Sicherheitsrat" die „Verfassungsgebende Versammlung", die die neue Verfassung ausarbeiten und einer Volksabstimmung vorlegen soll. Auch neue Gesetze hinsichtlich der Tätigkeit politischer Parteien und Wahlen sollen durch diese Versammlung ausgearbeitet werden. Doch den Juntamitgliedern im „Nationalen Sicherheitsrat" bleibt es vorbehalten, gegen jede Entscheidung und jeden Vorschlag der Versammlung ihr Veto einzulegen.

Die feierliche Eröffnung der Versammlung unter dem Präsidium des „Ältesten Mitgliedes", Prof. Sadi Irmak, würdigte der Junta-Chef Evren trotzdem als „einen wichtigen Schritt" zur „Wiederherstellung der Demokratie". In seiner Eröffnungsansprache vor den Mitgliedern der Versammlung ergriff er erneut die Gelegenheit, die ausländische Öffentlichkeit vor einer „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei" zu warnen.

Sichtlich enttäuscht reagierten westliche „Partner" und Parteien auf die Auflösung der politischen Parteien in der Türkei durch ein Dekret der Junta, die von ihnen bis dahin eher wohlwollend beurteilt worden war.

Hilfe aufs Eis gelegt

Die EG-Kommission stoppte das 650-Millionen-Dollar-Hilfsprogramm für die Türkei bis auf Weiteres. Ein Sprecher in Brüssel sagte dazu, die EG wolle sehen, ob die Versammlung sich als Farce erweisen werde. Im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde auf Initiative seines Vorsitzenden, Dr. Uwe Holtz, eine gutachterliche Empfehlung an den federführenden Haushaltsausschuß angenommen, die Hilfeleistungen an die Türkei, bis zur Erfüllung der in der Bundestagsentschließung betreffend der Türkei zum Ausdruck gebrachten Erwartungen, qualifiziert zu sperren. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es handelt sich um insgesamt 460 Millionen DM für das Jahr 1982.

Als es bekannt wurde, daß nunmehr auch Ecevit, wegen seiner Erklärung zur Auflösung der Parteien, unter Anklage stünde und mit einem Freiheitsentzug bis zu einem Jahr rechnen müsse, kam es zu weiteren Protesten: Die SPD-Bundestagsabgeordnete Heide Simonis kündigte an, daß sie im Haushaltsausschuß auch die Sperrung der für 1981 bereits bewilligten, aber noch nicht ausgezahlten Gelder beantragen werde, „bis in diesem Land wieder demokratische Verhältnisse herrschen."

So sehr diese Bekundungen angesichts der seit über einem Jahr andauernden ständigen Menschenrechtsverletzungen, Folterpraktiken und Massenverhaftungen als „späte Einsicht" zu begrüßen sind und ihre konsequente Anwendung erwartet werden muß, umso erstaunlicher muten einige Stellungnahmen an, die allzu offenkundig mit schielendem Blick auf „Bruderparteien" abgegeben worden sind. So scheint z.B. dem CDU-Bundestagsabgeordneten Heinz Schwarz, Kontaktmann seiner Partei zur Gerechtigkeitspartei Demirels (AP) und zu führenden Funktionären der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP), erst jetzt ein Licht aufgegangen zu sein: „Das Verbot der politischen Parteien in der Türkei durch den Nationalen Sicherheitsrat und die Beschlagnahme des Vermögens der Parteien zeigt, wohin die Militärs in der Türkei steuern wollen: weg von der Demokratie, hin zu einer Militärdiktatur. Es kann jetzt kein Zweifel darüber bestehen, daß eine von einer Militärdiktatur regierte Türkei nicht Mitglied im Europarat bleiben darf."

Unter einem völlig anderen Aspekt betrachtet Harald Vocke diesen letzten Schritt der Junta. Der derzeitige „Chefkorrespondent" der „Deutschen Tagespost", dessen Loblieder auf die neofaschistische MHP selbst der gewiß nicht linkslastigen Frankfurter Allgemeinen peinlich wurden, und darum in den letzten Wochen nur noch in der „Welt" erscheinen durften, wittert schon „linke Tendenzen" innerhalb der Junta.

„Der Umschwung in Griechenland gibt Anlaß zur Sorge", stellt er zu Beginn seines Kommentars in der „Deutschen Tagespost" vom 21. Oktober fest, um abschließend die Konsequenz zu ziehen: „Die Lage in Ankara ist ernster als in Athen. Die Griechen haben über ihre Zukunft in Freiheit entschieden. Eine immer deutlicher nach Moskau schielende türkische Militärdiktatur aber ist ein Übel, das die volle Aufmerksamkeit aller Demokraten verdient." ●

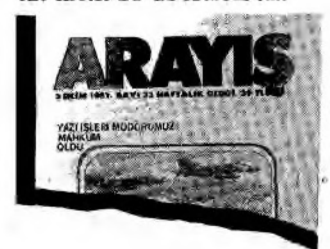


Anklage gegen Ecevit

Mit seiner, am 20. Oktober, in Ankara verbreiteten Erklärung scheint der ehemalige Ministerpräsident und Vorsitzender der CHP, Bülent Ecevit, ein kalkuliertes Risiko einzugehen, das eine zweijährige Freiheitsstrafe bedeuten kann: Denn mit dem Dekret Nr. 52 hatten die Militärbehörden den ehemaligen Politikern und Mandatsträgern jegliche politische Betätigung und jedwede Stellungsnahme untersagt.
Als General Evren die Auflösung der Parteien anschließend nicht nur mit der Unfähigkeit der ehemaligen Politiker begründete, sondern in seiner aufsehenerregenden TV-Rede diesen Politikern auch noch unterstellte, sie würden keine Lüge scheuen und seien voller Haß und Rache, da sah sich Ecevit zu seiner ausführlichen Erwiderung genötigt. Hinzu kommt, daß er bislang keine Gelegenheit erhalten hatte, sich gegen die in der juntafreundlichen, rechtsextremistischen Presse lancierten Korruptions- und Verfilzungsvorwürfe zur Wehr zu setzen. Aus Ecevits Erwiderung, deren Verbreitung in der Türkei untersagt ist, und in der auch die Rolle der CHP vor dem 12. September 1980 ausführlich dargestellt wird, veröffentlichen wir einige Auszüge:
„Es ist eine Tatsache, daß ich, ausgehend von meinem Demokratieverständnis, mich weder mit dem heutigen System noch mit dem von der heutigen Regierung für die Zukunft vorgesehenen Regime anfreuden kann. Dazu bin ich auch nicht verpflichtet.
Trotzdem habe ich meinen Gesinnungsfreunden gegenüber bei unseren Gesprächen immer wieder betont, daß es erforderlich ist, sich aller Schritte zu enthalten, die als Ausdruck einer Gegnerschaft zur Armee ausgelegt und mißdeuten werden könnten, da diese Armee unser aller Armee ist.
In der erwähnten Erklärung (General Evrens, die Red.) wurden ausnahmslos alle Parteien und ihre führenden Politiker der Versuche bezichtigt, »Probleme, die wir untereinander regeln könnten, in das Ausland zu übermitteln, um mittels einiger Institutionen Druck auf die gegenwärtige Regierung derTürkei ausüben zu wollen«. Diese Anschuldigung, die, was mich betrifft, eine völlige Umkehrung der Tatsachen bedeutet, weise ich zurück.
Das Regime (die Militärjunta, die Red.) gestattet Politikern, Gewerkschaftlern und Journalisten, die mich besuchen wollen, mit mir zu sprechen. Das ist eine zivilisierte Haltung. Doch diese Personen besuchen mich nicht, um mit mir Tee zu trinken und über Literatur zu sprechen. Sie haben den Willen und die Absicht, meine Meinung über die heutige und künftige politische Lage und Probleme der Türkei zu erfahren. Auf keinen Fall darf das Regime von mir erwarten, daß ich mich bei diesen Gesprächen mit meinen Besuchern inkonsequent verhalte.
Im Rahmen meines Verantwortungsbewußtseins pflege ich jedem mitzuteilen, wie ich unsere gegenwärtige Lage beurteile, was ich über diese Themen denke.
Wenn meine Besprechungen mit ausländischen Gästen »hinter verschlossenen Türen« stattfinden, dann kann ich dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Sollte das Dekret mit der Nr. 52 aufgehoben werden, werde ich es für meine Pflicht halten, alle Überlegungen, die ich meinen ausländischen Gästen mitteile, auch der Öffentlichkeit kundzutun.
Der Übergang zur »freiheitlichen Demokratie« kann weder mit der Auflösung der politischen Parteien auf der Grundlage persönlicher Wertungen und Vorurteile noch durch die Gleichschaltung aller Parteien und ihrer Programme auf die Ziele und die persönlichen Neigungen der Regierenden eingeleitet und erreicht werden. •

ARAYIS: Chefredakteur verurteilt

Anläßlich des Jahrestages der Machtübernahme am 12. September äußerte sich General Evren u.a. über die Presse: Sie sei früher und jetzt eine große Unterstützung für die konstruktive Kritik des Volkes. Demnach kann die Kritik von Nahiti Duru, dem Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Arayıs", das Prädikat konstruktiv nicht für sich in Anspruch nehmen. Aufgrund des Dekrets des Sicherheitsrates Nr. 52 wurde Duru zu zwei Monaten und 15 Tagen Haft verurteilt. Das Dekret Nr. 52 wurde von Evren in der oben zitierten Rede übrigens erwähnt: Es sei verabschiedet worden, um unnütze politische Auseinandersetzungen einer kleinen politischen Gruppe, die die außergewöhnlichen Umstände nicht einzuschätzen in der Lage ist, in der Presse zu vermeiden.
Paradoxerweise ist eben dieses Dekret auch ein Kritikpunkt in dem beanstandeten Artikel „Die politische Show", in dem Duru kritisierte, daß ehemalige Politiker (gemeint war wohl vor allem Ecevit) sich nicht in der Öffentlichkeit gegen Vorwürfe wehren können, die gegen sie erhoben werden.
Die Artikel von Duru hatten vorher schon zweimal zu Klagen geführt, doch kam es bei diesen Klagen zu keinem Schuldspruch. Mit der jetzigen Verurteilung erhält die immer noch allzu liberale Zeitschrift Arayıs eine empfindliche Verwarnung, ihre Liberalität nicht zu übertreiben. •



Verzweifelte Attentäter oder agents provocateurs:

Armenische Terroristen — türkische Opfer: Wer gegen wen?

Am 24. September sorgte wieder einmal, wie schon wiederholt in den letzten Jahren, ein Anschlag der sogenannten Armenischen Befreiungsorganisation, ASALA, auf eine der türkischen Auslandsvertretungen für Aufsehen. Bei der Besetzung der Türkischen Botschaft in Paris durch eine vierköpfige Gruppe wurde der Sicherheitsbeamte Cemal Özen getötet. Die anwesenden 15 Personen wurden mehrere Stunden festgehalten.

Die regierungsgesteuerte Presse heulte tagelang auf; nun sollte sich aber die große türkische Nation gegen den gemeinsamen Feind zusammenschließen. An nationalistischen, ja, rassistischen Haupt- und Untertönen wurde dabei nicht gespart. Eine Analyse dieser Zeitungsartikel und -berichte, die auch der in der Bundesrepublik verbreiteten türkischen Presse tagelang als Aufmacher dienten, soll einer weiteren Studie vorbehalten bleiben; da sie die hauptsächlichen Informationsträger für die Kollegen aus der Türkei sind, muß davon ausgegangen werden, daß ihre chavinistische Propaganda seine Wirkung nicht verfehlt.

In der Türkei selbst bleibt somit die Armenier-Frage weiterhin tabu: Doch auch in Europa ist man kaum informiert über die Hintergründe des Konfliktes, dessen Ursachen und Auswirkungen bislang nur von einem kleinen Kreis von Geschichtswissenschaftlern und Militärhistorikern erforscht sind.


Milliyet

PARIS'TE VAHŞET

İNSANLIK BU RESİMDEN UTANSIN


Tercüman

Ermeniler Paris Konsolosluğumuza kanlı baskın yaptı

„Umsiedlung" der Armenier unter deutsch-türkischer Regie

Die Armenier waren neben Türken, Kurden und Griechen eine der vier großen Nationen, die Anatolien bewohnten. Wie die anderen Nationen auch litten sie jahrhundertelang unter der Unterdrückung durch den osmanischen Staat und örtliche Feudalherren. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts änderte sich die Lage. die imperialistischen Interessen des Deutschen und des Russischen Reiches stießen in Ostanatolien aufeinander, und im Inneren des Osmanischen Reiches wurde ein Sündenbock für die immer schlechtere Lage der Bevölkerung gesucht. Sultan Abdulhamid beschloß, daß diese Rolle den Armeniern zufallen solle, und inszenierte ein Progrom in Ostanatolien, bei dem mindestens zehntausende von Armeniern ihr Leben verloren. Ein weiteres Progrom, bei dem „nur" 20000 Menschen ermordet wurden, folgte 1909.

Im ersten Weltkrieg dann machte den deutschen und osmanischen Heerführern die Anwesenheit eines großen und möglicherweise „unzuverlässigen" Bevölkerungsteils im Hinterland der Front mit Rußland große Sorgen. Gemeinsam wurde beschlossen, die armenische Bevölkerung Ostanatoliens „umzusiedeln", in die Wüste Nordsyriens.

Nachdem im April 1915 zunächst die wichtigsten Repräsentanten der armenischen Nation verhaftet und nach Kriegsgerichtsverfahren hingerichtet worden waren, wurde die armenische Bevölkerung Ostanatoliens zusammengetrieben und in Wüstenlager deportiert. Hetzer, oft aus den Gefängnissen entlassene Gewaltverbrecher, wiegelten die kurdische und türkische Bevölkerung unter Mißbrauch religiöser und nationaler Gefühle zu Überfällen auf die Marschkolonnen der Deportierten auf. Die Wachmannschaften dieser Kolonnen hatten Weisung erhalten, bei solchen Überfällen nicht einzugreifen. Im Gegenteil, wer immer versuchte, Armenier zu retten, riskierte sein Leben.

Wurden schon auf diese Weise unzählige Menschen ermordet, so waren es doch noch sehr viel mehr, die am Ziel, in den Wüstenlagern von Deir ez Zor und anderen verhungerten und verdursteten, wenn sie nicht schon vorher an Seuchen starben. Die Gesamtzahl der Opfer dieses mit Hilfe des kaiserlich-deutschen Generalstabs entworfenen Vernichtungsplans liegt nach einschlägigen, wissenschaftlich gestützten Erkenntnissen zwischen 1 und 1,5 Millionen Menschen.

Terroranschläge dienen der Reaktion

Man fragt sich angesichts dieser unvorstellbaren Ereignisse, weshalb ausgerechnet die Armenier die Opfer, die Sündenböcke für die reaktionäre Politik des osmanischen Reiches waren. Eine endgültige Antwort steht wohl noch aus, und in dem hier zur Verfügung stehenden Rahmen kann auch kein Versuch einer Antwort gewagt werden. Es darf aber nicht unterbleiben, darauf hinzuweisen, daß es unter den armenischen Arbeitern war, wo die Arbeiterbewegung der späteren Türkei ihre ersten Vorläufer hatte, und unter den frühen sozialistischen Bewegungen in Istanbul gab es keine, in der nicht Armenier gemeinsam mit Türken und anderen gekämpft hätten.

Besteht aber nun ein Bezug zwischen den jüngsten „Armenierattentaten" und den Armeniern?

Fraglich bleibt sogar, ob die Attentäter tatsächlich armenische Patrioten sind, oder aber Desperados, die die Verzweiflung von Menschen, deren engste Verwandte und Feunde, deren Vorfahren solchen Verfolgungen ausgesetzt waren, für ihre abenteuerlichen Ziele ausnutzen.

Es wird immer deutlicher, daß diese Attentate und Anschläge ein zweischneidiges Schwert sind — mit einer stumpfen und einer scharfen Schneide. Die stumpfe richtet sich vermutlich gegen den Machtapparat der Militär-

Fortsetzung auf S. 23

Ölimporte und Energiekrise in der Türkei

Abhängigkeit trotz eigener Ressourcen

Die Energiekrise stellt einen jener großen Brocken dar, aus der sich die wirtschaftlichen Probleme der Türkei auftürmen. Nicht selten wird sie als Beispiel zitiert, um das Ausmaß der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu veranschaulichen. Viel weniger bekannt ist dagegen, daß die Türkei reich an Energiequellen ist. Es stellt sich daher die Frage, wie es zu der heutigen Situation kommen konnte, in der die Türkei mehr als 70 Prozent ihrer Exporterlöse für den Import von Mineralöl ausgeben muß. Im folgenden wird versucht zu zeigen, wie die blinde Ergebenheit in die Wünsche der amerikanischen Ölmultis und der Glaube an die „Wunderkraft" des ausländischen Kapitals zu der jetzigen Misere geführt haben.

Das Energieproblem beherrscht das tägliche Leben in der Türkei. In 52 (von insgesamt 67) Provinzen einschließlich der Hauptstadt Ankara und der größten Industriezentren wird täglich drei Stunden lang der Strom abgeschaltet. Eine Ausnahme bilden lediglich die 11 Provinzen im Nordosten, die durch importierten Strom aus der Sowjetunion versorgt werden, sowie die 3 Provinzen im Nordwesten, die ihren Strom aus Bulgarien beziehen. Da der Strom zu etwa einem Drittel auf Erdölbasis produziert wird und die Türkei rund 70 Prozent ihres Mineralölverbrauchs importieren muß, gefährden die chronischen Zahlungsbilanzdefizite die Energieversorgung ganz unmittelbar. 1979, als das Land gegenüber dem Ausland praktisch zahlungsunfähig war, mußten in Krankenhäusern dringende Operationen verschoben werden, da die Operationsräume nicht mehr bezeizt werden konnten.

Drei Viertel des Exports für Öl

Die Frühjahrsaussaat erfolgte damals erst, nachdem die Ecevit-Regierung sich den Forderungen des IWF (Internationaler Währungsfonds) gebeugt und so neue Kredite erhalten hatte. Nur so konnte die Treibstoffversorgung der Traktoren sichergestellt werden.

Die Lage ist heute weniger akut – jedoch nur weil die Regierung in Ankara eine Wirtschaftspolitik entsprechend den Wünschen des IWF betreibt und die NATO-Länder deshalb breitwilliger Kredite geben. An der grundlegenden Tatsache, daß die Energieversorgung des Landes „auf Pump" erfolgt, hat sich nicht das geringste geändert. Nach wie vor gibt die Türkei fast drei Viertel ihrer Exporterlöse für die Einfuhr von Mineralöl und Mineralölprodukten aus. 1979 betrug dieser Anteil 78 Prozent, in den ersten 11 Monaten von 1980, unter den Bedingungen eines drastischen Rückgangs der Produktion in allen Bereichen, noch 72 Prozent.



Nun könnte man meinen, daß dieser Zustand durch übermäßige Verschwendung, durch eine Neigung, über den Verhältnissen zu leben, herbeigeführt worden wäre. Ein solcher Standpunkt wird auch von jene Kreisen propagiert, die die Industrialisierung der Türkei verhindern und die wirtschaftliche Abhängigkeit verewigen wollen. Im Einklang mit den Forderungen des IWF lehnen diese den Ausbau einer Schwerindustrie ab und treten für eine vorrangige Entwicklung der Konsumgüterindustrie, der Landwirtschaft und des Tourismus ein.[1] Wie wir zeigen wollen, ist in Wirklichkeit der Aufbau der Schwerindustrie eine notwendige Voraussetzung, um die Energieprobleme der Türkei lösen zu können.

Nur wenige Haushalte mit Strom

Sehen wir uns zunächst das Niveau des gegenwärtigen Energieverbrauchs in der Türkei an. Als der geeignetste Indikator dafür bietet sich der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an elektrischem Strom. Wie man in der Tabelle 1 erkennt, ist der Verbrauch pro Kopf von elektrischem Strom in der Türkei in den letzten 20 Jahren (von 1960 bis 1979) um 404 Prozent gestiegen. Auf den ersten Blick mutet sich dies als eine beachtliche Leistung an. Dieser Eindruck entsteht jedoch nur wegen des sehr niedrigen Ausgangsniveaus. Auch heute noch verfügen nur 42 Prozent aller Dörfer über elektrischen Strom.[2] Auch heute noch leben 37 Prozent unserer Bevölkerung (das sind 16,7 Millionen Menschen) in Ortschaften, in denen es keinen elektrischen Strom gibt.[3] Diese Zahl beschönigt die eigentliche Situation. Denn allein die Tatsache, daß man in einer Ortschaft mit elektrischem Stromnetz wohnt, bedeutet keinesfalls, daß man tatsächlich über einen Stromanschluß verfügt. Selbst in den Millionenstädten Istanbul und Ankara ist die Zahl der Wohnungen ohne Stromanschluß noch ganz beachtlich.

Der große Nachholbedarf in Sachen Elektrifizierung und damit Energieverbrauch wird deutlich, wenn man einen internationalen Vergleich anstellt (Tabelle 2). Wie man sieht, liegt in der Türkei der gegenwärtige Pro-Kopf-Verbrauch fast bei einem Viertel der Vergleichszahl in Spanien und einem Zwölftel des Niveaus in der BRD. Vergleicht man hingegen das Bruttosozialprodukt pro Kopf in den drei Ländern, so zeigt es sich, daß die Türkei bei einem Drittel des spanischen und etwa einem Achtel des bundesdeutschen Niveaus liegt. Man kann also deutlich erkennen, daß in der Türkei der Stromverbrauch pro Kopf selbst relativ zum niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau zurückgeblieben ist. Von einem zu hohen Energieverbrauch kann keine Rede sein.

Eigene Energiequellen bleiben ungenutzt

Eingangs hatten wir festgestellt, daß die Türkei reich an Energiequellen ist. Obwohl die diesbezüglichen Reserven nur unzureichend erforscht sind, ist bereits heute ersichtlich, daß das Land über große Braunkohlereserven verfügt und hinsichtlich seiner Wasserkraftreserven in Europa an zweiter Stelle (hinter Norwegen) rangiert.[4] Trotzdem wurde seit Jahrzehnten eine Energiepolitik betrieben, die als Energieträger dem Erdöl Vorrang gab. So stieg der Anteil des Erdöls unter dem Verbrauch von Primärenergieträgern von 7,9 Prozent im Jahre 1962 auf 48,9 Prozent im Jahre 1979.[5] Gleichzeitig ließ man die einheimischen Energiequellen weitgehend ungenutzt, ja sogar unerforscht. Wenn man die heute bekannten Reserven der Türkei mit der tatsächlichen Produktion vergleicht, ergibt sich, daß bei Braunkohle nur 12,2 Prozent und bei Wasserkraft nur 12,8 Prozent des vorhandenen Potentials genutzt wird.[6] Mit anderen Worten: Allein aufgrund der heute bekannten Reserven ließe sich die jährliche Produktion auf das Fünffache steigern! Betrachtet man nicht den Energiesektor insgesamt, sondern nur die Stromerzeugung für sich, bietet sich das gleiche Bild. Auch hier wurde die Stromerzeugung auf der Grundlage von thermischen Kraftwerken, die Mineralöl verbrauchen, vorangetrieben. Das Mineralöl bezog die Türkei von amerikanischen und britischen Ölmultis. So stieg der Anteil des Mineralöls bei der Stromerzeugung von 7,6 Prozent im Jahre 1950 auf 46,4 Prozent im Jahre 1974. Dafür ging der Anteil der einheimischen Energieträger entsprechend zurück.[7]

Untersuchungen haben ergeben, daß um die Wasserkraftreserven des Landes nutzbar zu machen, etwa 500 Staudämme und 350 Wasserkraftwerke gebaut werden müßten. Neben der Vervielfachung der Stromerzeugung würde dies auch noch zur Folge haben,

- daß 5 Millionen Hektar Land zusätzlich bewässert werden können (d. h. eine Verdoppelung der bewässerten Landfläche),
- daß 200 000 Hektar Land vor Überschwemmungen und Flutkatastrophen geschützt werden

und

- daß fast eine Milliarde m³ Frischwasser zusätzlich verfügbar werden.[8]

Es zeigt sich also, daß die gegenwärtige Energieknappheit in der Türkei das Ergebnis einer Politik ist, die zugunsten der amerikanischen Ölmultis (die die Hauptlieferanten von Erdöl waren) angelegt war und den Ausbau der einheimischen Energiereserven vernachlässigte.

Tabelle 1

Jährlicher Pro-Kopf-Verbrauch an Strom (kWh)				
1960*	1965*	1970*(	1975*(	1979*((
86	135	205	330	435

Quellen:
* Statistical Yearbook of Turkey 1968, S. 235,
*(Statistical Yearbook of Turkey 1977, S. 199,
*((TSKB, Elektrik Makina ve Gereçleri, S. 17.

Die demokratischen Kräfte in unserem Land haben von Anfang an gegen diese Politik Stellung genommen. Sie haben vor den Folgen einer Politik gewarnt, die lediglich den Interessen der amerikanischen Ölmultis diente. Die diesbezüglichen Auseinandersetzungen standen insbesondere seit 1961 im Vordergrund des antiimperialistischen Kampfes. Die amerikanisch-britischen Ölmultis und die türkische Großbourgeoisie gaben große Summen für Propagandazwecke aus. Trotzdem konnten sie nicht verhindern, daß weite Kreise der Bevölkerung ihre Machenschaften zu durchschauen begannen. Diese Auseinandersetzungen zwischen den Verfechtern einer an den nationalen Interessen orientierten Energiepolitik und den Lakaien der Erdölkonzerne bilden ein Kapitel für sich – wir wollen sie deshalb in einem späteren Beitrag behandeln. Seit Mitte der siebziger Jahre, seit dem Beginn der raschen Preissteigerungen für Erdöl, konzentriert sich der Kampf für eine nationale Energiepolitik um einen neuen Schwerpunkt. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, wie recht die demokratischen Kräfte unseres Landes hatten, als sie gegen die künstlich herbeigeführte Abhängigkeit von dem importierten Erdöl auftraten. Heute gibt es niemanden mehr, der diese Abhängigkeit nicht beklagt und die verstärkte Ausnutzung von Wasserkraft und Braunkohle verlangt.

Künstlich erzeugte Abhängigkeit

Das eigentliche Problem liegt heute anders: Die Erschließung der einheimischen Energiequellen und die Sicherstellung der Energieversorgung setzt vor allem den Bau von Kraftwerken voraus. Da jedoch gegenwärtig die gesamte Ausrüstung der Kraftwerke (Gas- und Wasserturbinen, Generatoren, Transformatoren, Schalt-, Regel- und Meßeinrichtungen) importiert werden müssen, sind im Durchschnitt über 50 Prozent der Investitionskosten für ein Kraftwerk als Devisen (zum Kauf von Ausrüstungen) bereitzustellen. Berücksichtigt man die seit Jahren zunehmenden Handelsbilanzdefizite und die chronische Devisenknappheit, so wird es offensichtlich, daß der Importbedarf der im Bau befindlichen und bereits geplanten Kraftwerke nicht gedeckt werden kann.
Das ist jedoch kein unlösbares Problem, wenn man bereit ist, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Man könnte mit nur einem Bruchteil der für den Import der Kraftwerksausrüstungen benötigten Devisen eine eigene Industrie für solche Ausrüstungen bauen, die die Importabhängigkeit auf diesem Gebiet grundsätzlich beseitigen würde.

Jährlicher Pro-Kopf-Verbrauch an Strom (kWh)	
Türkei (1979)	435
Malta (1975)	1053
Portugal (1975)	1207
Griechenland (1975)	1675
Spanien (1975)	2189
Irland (1978)	2785
Italien (1978)	2826
Frankreich (1978)	3876
BRD (1978)	5243

Quelle:
TSKB, Elektrik Makina ve Gereçleri, S. 17.

Doch die Weltbank und die westlichen Länder (einschließlich BRD), die unter bestimmten Bedingungen bereit sind, Kredite für den Kauf von Generatoren, Turbinen usw. bereitzustellen, weigern sich be-

harrlich, den Aufbau einer eigenen Kraftwerksindustrie in der Türkei mit Krediten zu unterstützen: Offensichtlich wollen sie diesen lukrativen Markt nicht verlieren. Die jetzige Situation ist für sie auch insofern vorteilhaft, als sie ihnen die Möglichkeit gibt, die Industrialisierungspolitik der Türkei weitgehend zu beeinflussen. So hat z. B. die Weltbank dem Projekt eines großen Braunkohlekraftwerks in Elbistan erst zugestimmt und grünes Licht für die Kredite der westlichen Länder gegeben, nachdem die türkische Regierung eine drastische Erhöhung der Strompreise akzeptiert hatte. Auch die Tatsache, daß die unternehmerischen Potenzen des türkischen Privatkapitals zum Aufbau einer Kraftwerksindustrie nicht ausreichen und deswegen ein solches Werk als staatlicher Betrieb errichtet werden muß, stellt für die NATO-Länder einen Stein des Anstoßes dar. Bekanntlich ist die Bekämpfung des staatlichen Sektors und die Förderung der Privatinitiative das wichtigste Ziel der „Wirtschaftshilfe" jener Länder.

Die Mühle bleibt außer Betrieb

Die reaktionäre Militärdiktatur, die in unserem Land seit nunmehr einem Jahr herrscht, führt die Wirtschaftspolitik der Demirel-Regierung fort. Die Interessen des Großkapitals, der ausländischen und einheimischen Monopole, hatten bis heute in fast allen Entscheidungen der Junta Vorrang. Das gilt auch für die Energiepolitik. Die Generale, die sich so gern und so oft auf den Kemalismus berufen, hintertreiben den Aufbau der elektromechanischen Industrie, obwohl diese Frage bereits 1935 (also zu Lebzeiten Kemal Atatürks) positiv entschieden wurde. So ist die Türkei heute weiter denn je entfernt, die großen Probleme der Energieversorgung zu lösen. Denn wie ein türkisches Sprichwort sagt: Mit kübelweise herangeschlepptem Wasser kann man keine Mühle betreiben... ●

1 Siehe z. B. E. Gerken, „Stabilisierung der türkischen Wirtschaft und internationale Hilfe", in: Europa-Archiv, Folge 21, 1980, S. 661.
2 DPT, 1980 Programı, Ankara 1980, S. 234.
3 Türkiye Sınai Kalkınma Bankası (TSKB), Elektrik Makina Ve Gereçleri Araştırması, S. 18.
4 TSKB, a. a. O., S. 5–7.
5 DPT, 4. Beş Yıllık Kalkınma Planı, S. 404., und DPT, 1980 Program., S. 406.
6 TSKB, a. a. O., S. 164.
7 DPT, 1980 Yılı Programı, S. 405.
8 TÜSIAD, Turkish Economy 1979, S. 296.

Frauen in der Türkei

Türkische Notizen

„Evli misin?" – „Bist du verheiratet?" Diese Frage mußte ich Frauen in der Türkei am häufigsten beantworten. Da ich verneinte, entfiel die Frage nach der Zahl der Kinder, die sich sonst anschließen würde. Dafür mußte ich nunmehr Auskunft darüber geben, warum ich nicht verheiratet bin, ob meine Eltern noch leben, wie viele Geschwister ich habe und wie diese leben.
Dies zu meiner Beobachtung, daß Frauen in der Türkei in erster Linie die Familienbande ihrer noch fremden Gesprächspartnerin geklärt wissen wollen. Zum besseren Verständnis sollte ich aber zunächst schildern, in welchem Rahmen die Gespräche stattfanden.
Ende August bin ich für fünf Wochen in die Türkei gefahren; drei Wochen war ich mit einer deutschen Gruppe auf einer Informations- und Workcamp-Fahrt. Durch Vermittlung einer türkischen Jugendorganisation (GHD) haben wir mit Vertretern türkischer Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen gesprochen und in einem Dorf in der Nähe von Biga/Çanakkale im Westen der Türkei an einem Graben für eine Wasserleitung gearbeitet. Anschließend blieb ich noch zwei Wochen allein, hauptsächlich in Istanbul, ausgestattet mit Adressen und mit kleineren Aufgaben. Ich betrachte mich als relativ gut informiert über die politische Lage und die allgemeine Situation in der Türkei.
Aufgrund meiner Arbeit war ich besonders daran interessiert, mit Türkinnen ins Gespräch zu kommen und zu beobachten, was mir in bezug auf Frauen in der Türkei auffällt. Meine Türkischkenntnisse reichten, um kürzere allgemeine Gespräche zu führen, grobe Vergleiche zwischen der Bundesrepublik und der Türkei anzustellen und Fragen nach dem Alltagsleben zu stellen und zu beantworten; sie reichten nicht, um differenzierte Diskussionen zu führen.

Den Beitrag „Türkische Notizen" haben wir mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers entnommen aus: „Pädagogische Arbeitsstelle des DVV (Hrsg.): „... ich habe mich selber gekauft" – Türkische Frauen in der Bundesrepublik, Sonderheft des Informationsdienstes, Nr. 2/81. Wir können unseren Lesern auch die anderen Beiträge dieser Broschüre empfehlen. Sie ist kostenlos zu beziehen bei dem Herausgeber, Holzhausenstraße 21, 6000 Frankfurt.

„Oft wurde ich von mir völlig fremden Frauen angesprochen"

Die obenerwähnten Fragen nach meiner Familie wurden mir meist beim ersten Kennenlernen gestellt. Doch schon dieses Kennenlernen kam häufig anders zustande, als es hier in der Bundesrepublik üblich ist: Oft wurde ich von mir völlig fremden Frauen angesprochen, ausgefragt. Nur selten wurde ich dagegen in der Türkei nach einer beruflichen Tätigkeit gefragt, wie es bei einer ersten Kontaktaufnahme in der Bundesrepublik fast unumgänglich ist.
Schon in der Beschreibung dieser Situation des Sichkennenlernens zeigt sich meines Erachtens – tendenziell gemeint und zugespitzt ausgedrückt – ein wesentlicher Unterschied im Verhalten türkischer Frauen zu dem deutscher Frauen: Die Türkinnen sind unkompliziert neugierig und spontan in der Kontaktaufnahme, sie charakterisieren Menschen ihrer Umgebung mehr aufgrund ihrer Familieneinbettung denn aufgrund ihrer beruflichen Position.





Für das Gros der Türkinnen ist die Gründung einer Familie in der Tat die einzige relevante Lebensperspektive. Nur wenige Frauen über 20 Jahre, denen ich begegnet bin, waren nicht verheiratet, und die wenigen noch Ledigen in diesem Alter waren Studentinnen; sie beneideten die Frauen im europäischen Ausland, die ohne elterliche Familie leben durften, alleine und unverheiratet. Heiraten wollten allerdings auch diese – später, und sei es auch nur, um dem Wunsch nach Kindern gerecht werden zu können. Zwei Frauen hatten mir dies ausdrücklich mitgeteilt: Eine Akademikerin ist schon seit Jahren verheiratet, weil sie Kinder wollte – der Mann spielte laut ihrer Aussage bei der Eheschließung kaum eine Rolle. Die zweite – eine Studentin – war noch unverheiratet und gedachte, wegen des allgemeinen Wunsches nach Kindern, früher zu heiraten, als sie es selbst für richtig hielt.
Allerdings ist auch der Wunsch nach Kindern nicht mehr in allen Familien gleich stark und ungebrochen; selbst in dem Dorf, in dem ich mehrere Tage war, zeichnete sich eine Tendenz zur 2-Kinder-Familie ab; in den Städten wurden auch gewollt kinderlose Ehen von einigen Frauen akzeptiert. Mir wurde von informierten Frauen auch mitgeteilt, daß diese Entwicklung vielleicht im Zusammenhang mit einer ziemlich vehementen Kampagne offizieller Stellen zu betrachten ist: Es werde jede Gelegenheit wahrgenommen, um Frauen in den ärmeren Regionen, in den unteren Schichten vorzuhalten, daß sie schuld an ihrem Elend seien, solange sie zu viele Kinder zur Welt brächten.

1976 verfügte die Türkei über 818 Krankenhäuser (Bundesrepublik 3436) mit 87232 Betten (726846). Die Zahl der Fachärzte betrug 14724 (58770), die der praktischen Ärzte 9196 (66504). Auf 10000 Einwohner entfielen 3,5 Fachärzte (9,6) und 2,2 praktische Ärzte (10,8). Allerdings gibt es starke regionale Unterschiede: Während in Istanbul auf 608 Einwohner ein Arzt kam (Bundesrepublik 490), waren es in den südostanatolischen Provinzen Bitlis, Hakkâri, Muş und Van 10647 (zehntausendsechshundertsiebenundvierzig) Einwohner pro Arzt.
(Quellen:
Türkei: Statistisches Jahrbuch der Türkei 1978
Bundesrepublik: Statistisches Jahrbuch 1978)

Auf dem Land in der Türkei sind von
100 Frauen über 15 Jahre
10 Hausfrauen ohne Erwerbstätigkeit,
9 aus Alters- oder Krankheitsgründen nicht erwerbstätig, in Ausbildung oder arbeitslos,
5 Selbständige (meist wohl Witwen),
4 abhängig Beschäftigte und
72 unbezahlte mithelfende Familienangehörige.
Zum Vergleich: In der Bundesrepublik sind von 100 erwachsenen Frauen (gesamte erwachsene weibliche Bevölkerung, also nicht bloß Landbevölkerung) 36 Hausfrauen, 23 Rentnerinnen bzw. Hausfrauen im Rentenalter, 2 Selbständige, 33 abhängig Beschäftigte und 6 mithelfende Familienangehörige.
(Quellen:
Türkei: Statistisches Jahrbuch der Türkei 1978
Bundesrepublik: Statistisches Jahrbuch 1975)

Wie ich vielleicht schon in meiner Wortwahl andeutete – Akademikerin, Studentin, Dörflerin –, fällt es mir schwer, von **der** Türkin zu sprechen. Ich habe viele Frauen in der Türkei gesehen, mit ihnen gesprochen, über sie gesprochen (z. B. mit Ärzten), und meine Eindrücke waren oft widersprüchlich, nicht zuletzt aufgrund der sehr krassen Unterschiede, die in ihren Lebensbedingungen bestanden, aufgrund ihrer Klassen- und Schichtzugehörigkeit – wobei ich hier betonen muß, daß ich noch nicht einmal die Osttürkei kennengelernt habe.
In meiner Wahrnehmung am devotesten, am schüchternsten und am konservativsten waren die Frauen in den Kleinstädten – etwa in Ürgüp, Biga oder Yalova. Hier sah ich die meisten Körperschleier, hier habe ich – zwar auch nicht sehr häufig, aber sonst eben nie – gesehen, daß Frauen hinter ihren Männern eingeschüchtert hinterherlaufen. In den Kleinstädten auch trugen die Frauen Bündel – offensichtlich schwere Lasten –, während die Männer „freihändig" blieben. Ähnliches sah ich noch in Ankara, wo es mir ganz allgemein so schien, daß das Straßenbild mehr als früher (ich war 1974 das erste Mal dort) von ländlich wirkenden Passanten geprägt wurde – sicherlich das äußere Erscheinungsbild der Landflucht in der Türkei (vor dem Putsch wurden in Ankara pro Tag 400 neu Hinzugezogene registriert).

„Hunger in der Türkei – das sei Propaganda"

In einer Kleinstadt – in Ürgüp/Kappadokien – habe ich Lütviye kennengelernt. Sie und ihr Mann hatten mich zum Essen eingeladen. Augenscheinlich waren sie recht wohlhabend, wenn auch nicht reich; der Mann war Besitzer eines Kleinbusses („Minibus") und chauffierte diesen im Taxibetrieb, außerdem hatten sie ein kleines Stück Land für den Eigenbedarf an Obst und Gemüse. Lütviye trug auch im Haus ihr Kopftuch, außerdem die Şalvar (Pluderhose), die in dieser Gegend alle Frauen trugen. Auf Fotos trug sie allerdings auch „städtische" Kleidung; nach abendländischen Kriterien war diese Kleidung übrigens „geschmackvoller" zusammengestellt als die von Frauen, die auf Busbahnhöfen zu sehen waren, von Frauen, die sich zur Fahrt in die Stadt „feinge-

macht" hatten: Schuhe mit riesigen Plateausohlen, hellblaue oder rosarote Kleider, mit Glanzfäden durchwirkt.
Lütviye erläuterte mir, daß sie leider kinderlos geblieben sei, obwohl sie sogar einen Arzt zu Rate gezogen habe. Sie habe kaum Arbeit, sie müsse nur den Haushalt führen, im Sommer habe sie noch zwei Monate zusätzliche Arbeit, wenn sie das Feld bestelle (wahrscheinlich ist ihre Definition von Arbeit mit der von bezahlter Arbeit identisch). Sie macht, wie viele Türkinnen, sehr viele Handarbeiten – manchmal habe ich in der Türkei Frauen gesehen, die auf der Straße im Gehen strickten. Die Handarbeiten werden oft an den Nachmittagen angefertigt, wenn Lütviye sich mit anderen Frauen des Ortes trifft und mit ihnen „tratscht", über den Ehemann, wie Lütviye sagt, warum er gut oder schlecht ist, wer demnächst heiraten wird.
Lütviye ist (vor dem Putsch) Anhängerin von Demirel, und zwar, weil er nicht wie Ecevit dauernd zur Sparsamkeit mahnt, weil er „allen Fleisch versprochen hat". Sie ist der Auffassung, daß in der Türkei alle so gut leben wie sie und ihr Mann. Ich widerspreche ihr, denn ich habe anderes gesehen und gehört: Wenn man nicht die Augen verschließt, sieht man überall in der Türkei Kinderarbeit, Bettler, Elend. Im Osten – so wurde mir berichtet – leben manche Familien monatelang von Zwiebelsuppe. Lütviye sieht dies anders: Wer will, kann leben wie sie; man müsse nur entsprechend arbeiten. Daß es Hunger in der Türkei gibt, erklärt sie für „Propaganda". – Diese Form von Ignoranz ist mir häufig in der Türkei begegnet – nicht nur bei Frauen, nicht nur bei Nicht-Intellektuellen. (Sie alle werden einmal behaupten können, sie hätten nie davon gehört, daß Menschen in der Türkei verhungert sind.)
Die Frauen in dem Dorf A. bei Biga sind mir am meisten fremd geblieben, obwohl die deutsche Gruppe sich dort neun Tage aufhielt und – durch das Workcamp bedingt – vielfältige Kontakte entstanden. Nach Aussagen unseres türkischen Begleiters waren die Dorffrauen im Vergleich zu vielen anderen Dörfern, die er kennengelernt hat, offensichtlich besonders kontaktfreudig. Sie suchten ebenso wie die deutschen Frauen das gemeinsame Gespräch, d. h., nicht nur wir suchten sie in ihren Häusern auf, manchmal kamen auch einige Frauen in das „Mädchenzimmer", das Zimmer in der Schule (sie hatte zwei Klassenräume), in dem die Frauen der deutschen Gruppe ihre Schlafsäcke ausgebreitet hatten.
Das Dorf A. liegt eine gute Autostunde von der Kreisstadt Biga entfernt; seit ein paar Jahren besteht eine regelmäßige (zweimal am Tag) Busverbindung nach Biga. Das Dorf A. hat ca. 450 Einwohner; die meisten leben von der Landwirtschaft (Schafe, Weizen, Tabak – für den Eigenbedarf Obst, Gemüse), einige arbeiten auch manchmal als Tagelöhner (Genaueres war hierzu nicht zu erfahren). Das Dorf ist als wohlhabend zu bezeichnen, d. h., offensichtlich gab es kein Elend und auch keinen Hunger. Allerdings hatte die deutsche Gruppe anscheinend hauptsächlich mit den Familien Kontakte, die zu den reicheren zu zählen waren.
Allgemein hatten wir den Eindruck, daß die Dorfbewohner sehr konservativ und religiös waren. Ausdrücklich wurden wir darauf hingewiesen, daß wir keinen Alkohol trinken sollten, daß die Frauen ihre Arme bedecken sollten. Politische Spannungen in dem Dorf schien es nicht zu geben, möglicherweise deshalb, weil keine ethnischen oder religiösen Minderheiten in dem Dorf vertreten waren, oder auch, weil kein Großgrundbesitzer – so wie es häufig im Osten der Türkei ist – über das Dorf herrschte.

„... daß alle schweren Arbeiten von den Männern erledigt werden"

Die deutschen Frauen hatten Gespräche sowohl mit Männern als auch mit Frauen. Dabei schienen mir die Ansichten, bei allem, was nicht das unmittelbare Leben betraf, naiv zu sein. Insbesondere aber der Horizont der Frauen war fast nur auf das Dorf und das eigene Haus begrenzt. Die Arbeiten, die die Frauen auszuführen hatten, waren nicht zuletzt wegen der noch nicht vorhandenen Elektrizität und wegen der mangelhaften Wasserversorgung (es gibt in dem Dorf vier Wasserstellen, also keine Zuleitungen zu den Häusern) nach meiner Ansicht auch körperlich sehr anstrengend: Das Wasser wurde z.B. von den Frauen transportiert. Trotzdem waren die Frauen der Auffassung, daß sie wenig zu arbeiten hätten: Es wurde uns versichert, daß alle „schweren" Arbeiten von den Männern erledigt würden. Offensichtlich verstanden die Frauen unter „schwerer" Arbeit ausschließlich solche, die erhebliche Muskelkraft erforderten, wie z.B. das Hacken in dem sehr felsigen Boden – eine Arbeit, die tatsächlich nur von den Männern des Dorfes ausgeübt wurde. Wir deutschen Frauen im Workcamp waren da natürlich ganz „gleichberechtigt" und leisteten die gleiche Arbeit wie die meisten deutschen Männer, die in der Gruppe waren.
In den Häusern der Dörflerinnen, die wir besuchten, wurde uns stolz der Besitz präsentiert: Kelims (Webteppiche) wurden in den kleinen Zimmern bis zur Decke gestapelt und blieben nach unseren Informationen ungenutzt, während der Boden der Häuser nur notdürftig bedeckt war. Ich fühlte mich an die „gute Stube" erinnert, die früher auch nur zum Zeigen und nicht zur Benutzung gedacht war. Eine andere Form von Besitzerstolz: Beim Heiraten wurde kein Braut-



preis (baslik) von der Familie des Bräutigams verlangt, sondern die – tatsächlich im Koran verlangte – Morgengabe an die Braut (von der Familie des Bräutigams zu leisten): In dem Dorf A. beliefen sich die Kosten für eine Hochzeit – vor allem wegen des Goldschmucks, der zu kaufen war – inzwischen auf 300000 bis 500000 TL (= knapp 7000 bis 10000 DM, ein kleines Vermögen, besonders für Bauern, die kaum über Bargeld verfügen).
Auch im Dorf begegnete mir Ignoranz gegenüber der Armut anderer: Wer richtig arbeitet, so äußerten sich einige Frauen, braucht seine Heimat nicht zu verlassen; die, die das Dorf verlassen, tun unrecht. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß der relative Wohlstand des Dorfes nur dadurch gehalten werden konnte, daß zahlreiche Bewohner woanders – hauptsächlich in der nächsten größeren Stadt mit Industrie, Çanakkale – ihr „Glück suchten". Es gab auch zwei Familien in der Bundesrepublik.
Auffallend war mir, die ich mit Spracherwerbsprozessen beschäftigt bin, die Unterschiedlichkeit, mit der sich die Frauen gegenüber den Männern im Dorf mit meinen Anfangskenntnissen im Türkischen auseinandersetzten. Die Männer benutzten ein quasi „Gastarbeiter-Türkisch", sie sprachen ausgesprochen vereinfacht – um nicht zu sagen falsch – mit mir. Die Frauen redeten ganz normal, sowohl in der Geschwindigkeit als auch in der Wortwahl. Wenn ich nun bat, etwas zu wiederholen, so wurde der gleiche Satz, die gleiche Frage mit dem gleichen Tempo gesagt. Wenn ich dies immer noch nicht verstand und erneut um eine Erläuterung bat, gaben die Frauen auf: Schade, sie hat nicht verstanden.

„Die Frauen der reichsten Bauern kamen kaum mit denen der ärmeren zusammen"

Und die „berühmten Frauentreffs" – Frauengruppen? Sicher, es gibt Treffen, und dies ist auch eine gute, die einzige „Freizeit"-Kommunikation der Frauen – die Männer treffen sich in den beiden Teehäusern. Nach meinen Beobachtungen führt diese Kommunikation aber zu keinem gemeinsamen Handeln. Es schien mir gar, daß diese Treffen innerhalb gleichen Besitzstandes blieben, soll heißen, daß die Frauen der reichsten Bauern kaum mit den Frauen der ärmeren Bauern zusammenkamen.
Ich habe oft von der Solidarität der Dorffrauen gehört und gelesen. Ich habe natürlich nur dieses eine Dorf A. – und dies auch nur oberflächlich – kennengelernt, aber aufgrund meines Eindrucks ist diese zitierte Solidarität eher einem Wunschdenken zuzuordnen, wenn Solidarität Handeln zur Konsequenz hat. Mag sein, daß die Dorffrauen die glücklichsten Frauen waren, die ich in der Türkei gesehen habe. Sie haben sich z. B. überhaupt keine Gedanken zur politischen Situation gemacht, haben kaum bzw. nicht mitbekommen, daß das Militär geputscht hat. Aber Unwissenheit schützt nun mal nicht davor, daß die Kinder, die Männer das Dorf verlassen müssen und die Frauen dann schließlich auch nicht mehr glücklich sind, sondern nur noch unwissend.
Die Frauen, die den größten Eindruck bei mir hinterlassen haben, sind mir in einem Gecekondu[1] in Ankara und in einem Arbeiterbezirk in Istanbul begegnet. Wie wenig die Kleidung über die innere Einstellung der Frauen aussagt, wurde mir übrigens gerade bei diesen Frauen ganz deutlich: Sie alle trugen das „berühmte" Kopftuch, teilweise – in dem Gecekondu – auch die Şalvar. Ayse, die unsere Gastgeberin in dem Gecekondu in Ankara war, zog sich über die Şalvar gar noch einen Rock, als wir ihr Haus aufsuchten. Wir werden von einer anderen Frau dorthin geleitet – sie trägt ebenfalls ein Kopftuch (ich betone das, um zu zeigen, daß an der Kleidung **nichts** abzulesen ist). Es sind noch andere jüngere Frauen und Männer anwesend; sie diskutieren über einen Anschlag von MHP-Leuten[2] am Vortag, bei dem mehrere Häuser abgebrannt wurden. Die älteren Frauen werfen den anderen vor, daß ihr Verhalten am Vortag (und auch sonst) an Solidarität zu wünschen übrig läßt; die beiden älteren Frauen sind dabei sehr engagiert und dominant im Auftreten. Kein Strom? Keine Busverbindung zur Stadt? Keine Wasserleitung im Haus? Die Frauen im Gecekondu kämpfen nicht dafür, wie sie uns sagen, sondern fürs Überleben.

„Sieben Tage in der Woche und zehn Stunden am Tag"

In Istanbul bin ich mehrmals mit Frauen einer traditionellen Arbeiterfamilie zusammengetroffen: Ich lerne die weiblichen Mitglieder von drei Generationen kennen und bin erstaunt: Sie kennen alle ihre Familiengeschichte, sie sind – für Frauen in der Türkei erstaunlich – alle in der Schule gewesen; sie können – auch die Sechzigjährigen – lesen und schreiben, sie haben sogar mal eine Fremdsprache gelernt, Französisch bzw. Englisch, an die sie sich jetzt allerdings nur noch mit ein paar Worten erinnern, die sie mir zitieren: fenêtre, livre etc. Sie wollen von mir wissen, wie die Frauen in Deutschland leben, erzählen mir von ihren Schwierigkeiten. Eine ist 67 Jahre alt, inzwischen Rentnerin und auf die Hilfe der Familie angewiesen, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet hat. Sie war früh Witwe geworden und hat ihren Sohn mit Hilfe ihrer Schwester aufgezogen. In dem Viertel – Balat –, in dem sie damals lebte, hatte sie zwar keine Probleme als alleinstehende Frau, weil die Nachbarn alle ihren Mann gekannt hatten, aber sie mußte arbeiten: sieben Tage in der Woche, ohne Urlaub, und dies zehn Stunden am Tag; so waren die Bedingungen in der Textilfirma früher (sie erwähnt noch, daß sie heutzutage ins Ausland gegangen wäre).
Eine ihrer Schwestern, inzwischen 60 Jahre alt, hat seit ihrer Eheschließung zwar nicht mehr gearbeitet, aber wie ich erfahre, wurde sie „jeden Tag" von ihrem Mann geschlagen. Heute, so die drei Schwestern, sei er zu schwach geworden und die Situation für sie erträglicher. Aufgrund dieser Geschichte haben wir über Frauenhäuser in Deutschland gesprochen; die Frauen fanden diese Einrichtung sehr nützlich, wunderten sich aber, daß in der Bundesrepublik Frauen von ihren Männern geschlagen werden.
In dem Moment, da ich versuche, einige Eindrücke von der Türkeireise schriftlich festzuhalten, bin ich erst eine Woche wieder in Deutschland. Natürlich kann ich nicht alle Erlebnisse, Gespräche und Beobachtungen wiedergeben – und

Fortsetzung auf S. 25

In der Türkei gab es 1975 7 123 085 Haushalte. Davon hatten (nach offiziellen Angaben):
- 2 967 460 keinen Stromanschluß (41,7%),
- 3 912 472 kein eigenes Bad (54,9%),
- 2 809 452 keine eigene Küche (39,4%),
- 2 334 700 keine eigene Toilette (32,8%),
- 3 608 995 kein Wasser (50,7%).

(Quelle: Statistisches Jahrbuch der Türkei 1977)

Bonner Friedensdemonstration:

Ein überzeugender Protestakt



300000 brachten am 10. 10. in Bonn entschlossene Haltung der demokratischen Kräfte gegenüber einer Politik, die eine atomare Auseinandersetzung zwischen den Weltmächten wahrscheinlicher macht und damit für die ganze Erdbevölkerung eine Gefahr bedeutet, zur Sprache: Gemeinsames Handeln für den Frieden!

So kamen Menschen unterschiedlichster Weltanschauung im Bonner Hofgarten zusammen, die die dringende Notwendigkeit eines ernsthaften Schrittes für die Sicherung des Friedens nicht nur in Europa, erkannten.

Den Anstoß für ein solches Erstarken der Friedensbewegung gab der Nato-Ratsbeschluß vom Dezember 1979 zur Stationierung von neuen atomaren Mittelstreckenraketen in Europa. Nicht zuletzt war auch der menschenmißachtende Beschluß der US-Regierung zur Produktion der Neutronenbombe und die befürwortende Haltung der Bundesregierung ein wichtiger Grund für ein gemeinsames Vorgehen aller Demokraten für Entspannung und Abrüstung in Europa.

Neben den jungen und alten Menschen, Christen, „Grünen", Pazifisten, Antifaschisten, Kommunisten, Arbeitern und Angestellten, Schülern und Lehrern, Bürgern dieses Landes, nahm auch eine große Zahl verschiedener Nationalitäten an der größten Friedensdemonstration der Geschichte der Bundesrepublik teil.

Unter ihnen befand sich auch die FIDEF mit ihren zahlreichen Vereinen, deren Mitglieder sich an den aus allen Teilen der Bundesrepublik nach Bonn reisenden Friedenszügen angeschlossen hatten.

Das Engagement der demokratischen Kräfte aus der Türkei für die Sache des Friedens ist umso mehr verständlich, als in ihrem Land eine Militär-Junta herrscht, die einen Garanten für die Machtinteressen der NATO im Nahen Osten darstellt, indem sie jegliche Opposition mit mittelalterlichen Methoden ausschaltet.

Die Türkei bietet der NATO als „Sprungbrett" mit ihrer „stabilen Lage" eine ideale Möglichkeit für einen atomaren Angriff gegen die sozialistischen Staaten, bzw. diejenigen Nachbarländer, die in den letzten Jahren eine antiimperialistische Entwicklung aufweisen und somit für die USA ein Dorn im Auge sind (Türkei-Information, Friedensbewegung in der Türkei: Sept./Okt. 80; Nov. 80; April/Mai 81). Die Militärregierung der Türkei betrachtet die Produktion der Neutronenbombe als eine innere Angelegenheit der Vereinigten Staaten, obwohl der Generalsekretär der NATO deren mögliche Stationierung in der Türkei andeutete.

Neben FIDEF setzten sich mehrere Organisationen und Gruppen demokratischer Gesinnung aus der Türkei für den Frieden und Demokratie auch in ihrem Land ein.

Die Friedensdemonstration war ein überzeugender Protestakt der Menschen, die die Durchführung einer rücksichtslosen und gefährlichen Politik der US-Regierung in ihren Ländern nicht mehr zulassen wollen. Jetzt kommt es auf das Zusammenhalten aller Menschen an, die auf ihr Recht, in Frieden zu leben, bestehen.

Im folgenden veröffentlichen wir den Wortlaut des Redebeitrages, den der Betriebsrat bei den Adlerwerken in Frankfurt und ehemaliges Vorstandsmitglied der FIDEF, Yasar Can, während der Kundgebung in Bonn hielt:

Liebe Freunde und Kollegen,
ich spreche zu euch als türkischer Kollege, der seit zehn Jahren in der Bundesrepublik lebt und arbeitet. Ich bin Betriebsrat bei den Adler-Werken in Frankfurt. Wie Sie alle wissen, soll dieser Betrieb geschlossen werden. Das bedeutet, daß 2600 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Wir aber kämpfen um unsere Arbeitsplätze. Und wenn ich das heute auf dieser großen Friedensdemonstration betone, so auch deshalb, weil ich meine, daß alle die Milliarden, die für die Rüstung ausgegeben werden, viel besser für die Schaf-

fung neuer Arbeitsplätze ausgegeben würden.
Weniger für die Rüstung und mehr für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, das ist aber deshalb notwendig, weil wir genau wie unsere deutschen Kollegen in Frieden leben wollen. Die neuen Mittelstreckenraketen und die Neutronenbombe machen den Frieden nicht sicherer. Im Gegenteil, sie leiten eine neue Welle des Wettrüstens ein, sie führen dazu, daß immer mehr Geld für die Rüstung ausgegeben wird, das anderswo fehlt. Gleichzeitig wird bei diesen Plänen von Reagan deutlich, daß die USA wieder die Weltmacht Nummer eins werden wollen. Sie wollen wieder bestimmen, nicht nur zu Hause, sondern überall in der Welt, nicht nur über das, was ihnen gehört, sondern auch über die Rohstoffe und Energiereserven anderer Völker. Leider finden sie für diese Politik in der Bundesrepublik viele Freunde. Dabei schrecken sie nicht davor zurück, sich auch mit den blutigsten Diktaturen zu verbünden.
Ich komme aus der Türkei. In meiner Heimat haben wir seit dem 12. September 1980 eine Militärdiktatur. Die Generäle haben unsere kämpferischen Gewerkschaften verboten, die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten wurden aufgehoben. Tausende von Gewerkschaftern wurden verhaftet und gefoltert. Unsere Kollegen werden mit der Todesstrafe bedroht, nur weil sie Demonstrationen, Streiks oder Maikundgebungen organisiert haben.
Die Verfolgungen richten sich gegen alle Demokraten, insbesondere auch gegen die Friedenskämpfer. Diejenigen, die für den Frieden und gegen den Mißbrauch unseres Landes als eine Startrampe für die US-Raketen und Flugzeuge aufgetreten sind, werden als Landesverräter bezeichnet und verfolgt.
Trotz dieser menschenverachtenden Politik bekommt die türkische Militärdiktatur auch von der Bundesregierung 180 Millionen Militär- und 460 Millionen Wirtschaftshilfe. Die Bundesregierung beliefert die türkische Polizei mit modernsten Datenverarbeitungsanlagen, mit denen die türkischen Demokraten besser überwacht werden sollen.
Kollegen, wir wollen in Frieden leben. Hier und in der Türkei. Deshalb rufe ich euch zu: Laßt uns gemeinsam eintreten gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD, gegen die Neutronenbombe, gegen die Militärhilfe für die Türkei, gegen Waffenexporte, für Frieden und Abrüstung! ●

DISK Fortsetzung von S. 7

sich an die Staatsgewalt auszuliefern; Soldaten erschossen ihn am hellichten Tag.
Dies ist unser Land heute: Menschen werden zu Tode gefoltert und ermordet ohne jede Form von Gerichtsbarkeit.
Der Nationale Sicherheitsrat gibt vor, die Menschenrechte zu respektieren. In Wirklichkeit versteckt er aber seine Terroraktionen hinter Repressalien und Zensur vor der Öffentlichkeit.
Auch die Familien von Mitgliedern des DISK und viele tausend unter Arrest stehende Arbeiter werden ständig mit Repressalien und Arrest bedroht. Alleingelassen und ohne Hilfe müssen diese Menschen unter Bedingungen leben, die tagtäglich schlimmer und unerträglicher werden. Es ist für alle von uns eine Frage der Humanität, Wege und Möglichkeiten zu finden, ihnen zu helfen.
Außerdem hat die Regierung einem Vorschlag des NCS entsprochen und plant die Gründung und den Aufbau von berufsgebundenen Fachgewerkschaften.

Internationale Proteste gegen Repressalien

Die Arbeiter von Spanien und Portugal, die ähnliche Perioden von Repressalien kennen, wissen sehr wohl die Bedeutung solcher staatlich vorgegebenen und kontrollierten Gewerkschaften einzuschätzen. Es bedeutet lediglich eine Form beruflichen Zusammenschlusses, ohne Rechte und Garantien, weder für Menschenrechte noch für die Zusammenarbeit mit internationalen Arbeiterorganisationen. Es bedeutet im Klartext, daß man versucht, die Arbeiter so daran zu hindern, eigene Gewerkschaften zu gründen und zu wählen.
Die Internationale Arbeiterorganisation, der internationale Bund freier Gewerkschaften, der Welt-Gewerkschaftsbund, der Weltbund der Arbeiter und der europäische Gewerkschaftsbund haben auf das schärfste gegen die Angriffe und Repressalien auf die gewerkschaftlichen Rechte in der Türkei protestiert. Diese Protestbewegung würde noch wirkungsvoller und seine Bedeutung noch größer durch eine Beteiligung seitens des Europarates.
Die Militärmacht gibt vor, daß sich die wirtschaftliche Situation der Türkei verbessert, und rechtfertigt ihre Behauptung mit einer nur noch 40%igen Inflationsrate. Zwar wurde die Inflationsrate begrenzt, jedoch nur auf Kosten der allgemeinen Lebensbedingungen der Menschen. Hingegen lähmt und verringert es die Investitionen und erhöht die Arbeitslosigkeit.
Das Staatliche Amt für Statistik gab bekannt, daß sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten um 20 % erhöhte. Das bedeutet 5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Der Nationale Sicherheitsrat führt diese hohe Arbeitslosigkeit lediglich auf kollektive Entlassungen zurück und fügt hinzu, daß, falls alle Entlassungen erfolgten, 250 bis 300000 Arbeiter betroffen seien. Von den 2700 Arbeitern bei Renault wurden gerade in der letzten Zeit 700 zur gleichen Zeit entlassen. Dies zeigt, daß die ökonomische Krise des Landes sich nicht verbessert, sondern, im Gegenteil, weiter verschlechtert. Die Arbeiter haben heute vielmehr das Gefühl, daß sich weder Lebens- noch Arbeitsbedingungen verbessern, weil auch ihre gemeinsamen Forderungen unterdrückt werden, zumal diese von einem Schiedsgericht unter Kontrolle der Regierung behandelt werden.
Die Regierung gewährte den Lohnabhängigen nur eine Lohnerhöhung von 10 % und einen zusätzlichen Festbetrag in Höhe von 3.000,- TL. Dies kommt in Wirklichkeit einer effektiven Lohnerhöhung von höchstens 20 % gleich, wobei die zugegebene Inflationsrate von 40 % weit unter der wirklichen Inflationsrate liegt.
Selbst die führenden Türk-Is-Mitglieder, die der Militärdiktatur ihre Unterstützung gewährten, beginnen nunmehr eine kritischere Haltung anzunehmen, da sie die Unzufriedenheit der Basis nicht länger ignorieren können.
Die Beratende Versammlung soll am 23. Oktober zusammentreten. Aber in dieser Beratenden Versammlung, deren Mitglieder vom NSR ernannt werden, werden weder Repräsentanten der arbeitenden Bevölkerung noch der Berufsverbände, der demokratischen Organisationen oder Parteien vertreten sein. Daher werden die Beteuerungen des NSR in bezug auf eine „Rückkehr zur Demokratie" vollends unglaubwürdig — und eine Verfassung, die von dieser Versammlung präsentiert wird, kann nur dazu dienen, die Macht des NSR zu legalisieren und seine Entscheidungen bezüglich des Arbeitslebens, der Justiz und des Bildungswesens nachträglich legitimieren. Es ist offenkundig, daß das neue Regime, das auf dem Fundament dieser Verfassung installiert wird, zwar einen parlamentarischen Anschein besitzen wird, aber in Wirklichkeit eine au-
Fortsetzung auf S. 25

„Pillenknick" und „Seiteneinsteiger"

Nicht völlig überraschend kam Ende September die Nachricht aus dem Bundesinnenministerium, daß eine Gesetzesinitiative unternommen wird, um jungen Ausländern einen Einbürgerungsanspruch – unter bestimmten Voraussetzungen – zu geben. Endlich eine Antwort auf die Frage, ob die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist? Nein, denn eine genauere Betrachtung der Vorstellungen zeigt, daß sie lediglich die ausländischen Jugendlichen teilen will: Die „Guten" dürfen dann bleiben, die „Schlechten" müssen eben gehen.

Schon bei früheren Überlegungen zur Einbürgerungserleichterung von ausländischen Kindern bzw. Jugendlichen unter Aussparung der Eltern wurde von den Organisationen der ausländischen Arbeiter reklamiert, daß dadurch Familien in sich zerrissen werden. Jetzt haben sich die Pläne der Bundesregierung also konkretisiert: Junge Ausländer sollen künftig einen Anspruch auf die Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft erhalten, wenn sie

1. mindestens seit 8 Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik leben,
2. sich zwischen dem 18. und 21. Lebensjahr für eine deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden,
3. nicht kriminell auffällig geworden sind oder z. B. drogenabhängig.

Ablenkungsmanöver der Bildungspolitik

Ziemlich offen wird die Bedingung unter Punkt 2. begründet: Es soll garantiert werden, daß der Jugendliche seinen Wehrdienst in der Bundesrepublik ableisten muß – der „Pillenknick" macht in Militärkreisen einiges Kopfzerbrechen. Diese Begründung lenkt aber auch ab von der Tatsache, daß durch die genannten Bedingungen ein Anspruch immer nur für die Kinder der ausländischen Arbeiter bestehen würde, die vor Vollendung des 13. Lebensjahres in die Bundesrepublik gekommen sind. Die vielzitierten „Seiteneinsteiger" sollen damit von vornherein ausgeschlossen werden.

Seiteneinsteiger – schon das Wort suggeriert jemanden, der einen verdächtigen, nicht ganz legalen Weg genommen hat. Seiteneinsteiger sind das „eigentliche Problem" bei der Beschulung und Ausbildung der ausländischen Jugendlichen. Bildungspolitiker, die von der schwierigen Situation der ausländischen Schüler und ihrer Lehrer ablenken wollen, verweisen in letzter Zeit nur allzugern auf dieses „eigentliche Problem": Gemeint sind die Kinder der ausländischen Arbeiter, die ihre ersten Schuljahre in den Heimatländern verbracht haben, die also nicht schon von dem ersten Grundschuljahr an in die bundesrepublikanische Schule gingen. Die Eltern dieser Kinder haben sich von ihren Kindern getrennt (muß noch erwähnt werden, daß sie das ungern taten, oft unter Schmerzen?), weil ihnen eine gute Ausbildung ihrer Kinder hier nicht gesichert erschien (zu Recht, wie sich bei vielen der ausschließlich hier „Beschulten" bewiesen hat), auch wohl, weil sie hofften, bald wieder in ihre Heimat zurückzukehren bzw. weil man ihnen in der Bundesrepublik bis heute nicht klar gesagt hat, daß sie hier leben bleiben können, so lange sie es wollen. Schließlich ist die Bundesrepublik kein Einwanderungsland! Die „Problemgruppe Seiteneinsteiger" ist so gesehen erst durch die tätige Mithilfe, wenn nicht gar grundsätzlich durch die bisherige Ausländerpolitik entstanden. Und die Gruppe droht nunmehr immer größer zu werden: Für die Türkei z.B. schätzt man die Zahl der Kinder, die im Rahmen der Familienzusammenführung bisher noch einen Anspruch haben, zu ihren Eltern in die Bunddesrepublik zu kommen, auf über 350000.

Auf elegante Art die Familienzusammenführung verhindern

In diese Situation hinein wird der Gesetzesvorstoß „Einbrügerungsanspruch", so wie er geplant ist, zu einem Instrument der Kategorisierung der Kinder von ausländischen Arbeitern in der Bundesrepublik. Bundeskanzler Schmidt persönlich nannte auf einer Tagung der Gewerkschaft Landwirtschaft und Forsten die Konsequenzen dieses Gesetzes beim Namen: Jugendliche, die nicht Deutsche werden wollen (hier müssen wir ergänzen: oder dürfen – die Red.), „müssen eben gehen". Wer hellhörig ist, hört hier auch: Wer noch nicht da ist, der muß bleiben, wo er ist.

Schon seit geraumer Zeit ist die Familienzusammenführung ungeliebtes Relikt der Humanität, zu dem sich einige Politiker nur noch mit Hängen und Würgen bekennen können. Allerorten werden Überlegungen angestellt, dieses Relikt zu umgehen. Die Vorlage zum Einbürgerungsanspruch ist sicherlich nicht die uneleganteste. Das Prinzip: Teile und herrsche. ●



Zwei Jahre Warten auf Arbeitserlaubnis

Aushöhlung des Asylrechts



Das Grundrecht auf politisches Asyl in der Bundesrepublik, entstanden aufgrund von Erfahrungen im deutschen Faschismus, wurde von der CDU im August in aller Öffentlichkeit in Frage gestellt. Der niedersächsische CDU-Minister Hasselmann erwog eine Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes, der politisch Verfolgten Asyl garantiert.

SPD und FDP haben zwar sehr prompt eine Einschränkung abgelehnt, durch die Hintertür hat die Koalition allerdings die Aushöhlung des Asylrechts betrieben: Die Bundesregierung hat beschlossen, daß künftig zwei Jahre Wartezeit vergehen müssen, bis Asylsuchende eine Arbeitserlaubnis erhalten. Für die Antragsteller aus sozialistischen Ländern gilt allerdings auch weiterhin eine Wartezeit von einem Jahr. Asylanwärtern aus nichtsozialistischen Ländern wird offensichtlich generall unterstellt, aus „wirtschaftlichen Gründen das Asylrecht zu unterwandern" (Eine Anerkennung für sozialistische Länder, daß niemand sein Land dort aus ökonomischen Gründen verlassen muß?)

Das erklärte Ziel der vom Kabinett verabschiedeten Verordnung ist eine „Eindämmung" des Asylanten-„Stroms". Tatsächlich aber wurde der Strom zunächst einmal geteilt: Hie die „echten" Asylanten, dort die „Scheinasylanten", die mit immer weiteren Maßnahmen davon abgehalten werden sollen, Anträge auf Asyl zu stellen.

Wie groß der „Strom" in absoluten Zahlen ist, wird dabei nur allzugern verschwiegen. Der Deutsche Caritasverband hat kürzlich eine Statistik veröffentlicht (Frankfurter Rundschau vom 27. 8. 1981), in der von 350000 Asylanten seit 1953 die Rede ist. In jüngster Vergangenheit, im 1. Halbjahr 1981, wurden 17 919 Asylanträge gestellt, ein Rückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 1980 um 74 Prozent.

Die Asylanträge aus der Türkei, die den weitaus größten Anteil davon ausmachen, sind dieses Jahr um 50 Prozent zurückgegangen. Dieser „Erfolg" muß wohl zu großen Teilen der Einführung des Visumszwangs zugeschrieben werden, der seit Oktober 1980 für türkische Staatsangehörige besteht. Mit diesem Visumszwang wurde den Demokraten der Türkei automatisch die Möglichkeit verwehrt, um politisches Asyl nachzufragen. Nur bleibt zur fragen, ob die türkischen Staatsangehörigen dadurch weniger politisch verfolgt werden, daß sie in der bundesrepublikanischen Statistik von Asylbewerbern nicht mehr auftauchen. Ist das im Grundgesetz verankerte Recht auf politisches Asyl dadurch gesichert, daß politische Verfolgung nicht mehr wahrgenommen werden kann?

Eine Änderung des Grundrechts auf Asyl wurde von den Koalitionsparteien abgelehnt; die Verordnungen, die unter Umgehung von Gesetzesänderungn ergehen, führen jedoch zu einer Aushöhlung dieses Rechts – eine Aushöhlung, die schließlich nur noch ein Loch übriglassen wird? ▶

Hungerstreik gegen menschenunwürdige Bedingungen

Der FIDEF-Bundesvorstand bekundete mit einem Brief seine Solidarität mit dem in Hungerstreik getretenen Religionspädagogen Helmut Zander. Wir geben eine kurze Zusammenfassung dieses Briefes:

Werter Kollege Helmut Zander!

Das FIDEF-Präsidium behandelte Ihren Hungerstreik auf seiner Tagesordnung und hat beschlossen:

Die Militärjunta, die die Interessen des Imperialismus und der einheimischen Konzerne den Werktätigen mit Gewalt aufzwingt und die Macht an sich gerissen hat, hat alle politischen, ökonomischen und demokratischen Organisationen der Arbeiterklasse der Türkei, der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte und insbesondere der nationaldemokratischen Bewegung Türkei-Kurdistan angegriffen. Die elementarsten Menschenrechte wurden aufgehoben und alle demokratischen Organisationen schweren Repressalien ausgesetzt. Das Parlament wurde aufgelöst, die Verfassung außer Kraft gesetzt, politische Parteien verboten und die Arbeit der Gewerkschaften und demokratischen Massenorganisationen verboten.

Mehr als 100000 Patrioten, Fortschrittliche, Sozialdemokraten und Kommunisten wurden verhaftet und/oder stehen unter „Schutzhaft".

Trotz gegenteiliger offizieller Erklärungen wissen alle, daß Folterungen andauern. Ohne Unterschied werden Frauen, Männer, Jugendliche und Alte mit brutalsten Methoden gefoltert und sie werden

Fortsetzung auf S. 25

Asylbewerber aus 10 Nationen im Sammellager Horb sind in einen Hungerstreik getreten. Damit wollen sie ihren Forderungen nach einem menschenwürdigen Leben, besserer Verpflegung, nach Familienzusammenführung und nach Schutz für ihre Kinder Nachdruck verleihen. Sie stützen sich auf den Artikel 1 über die „Menschenwürde" und den Artikel 6 des Grundgesetzes über den „Schutz und die Unverletzlichkeit der Familie und Ehe"; diese gelten auch für Asylbewerber.
Obwohl die Möglichkeiten dazu bestehen, werden die Familien nicht zusammengeführt. Die Kinder, die mit ihren Eltern in die Bundesrepublik gekommen sind, werden in der Schule gesondert behandelt, davon ausgehend, daß sie sowieso bald zurückkehren werden. Die Kinder dürfen nicht mit den Eltern zusammen wohnen. Die Speisen sind ungenießbar. Bisherige Ermittlungen diesbezüglich von zuständigen Behörden blieben ohne Ergebnis.
Ebenfalls als menschenunwürdig zu bezeichnen ist das Arbeitsverbot für Asylanten, wenn man bedenkt, daß Arbeit als wichtigstes Menschenrecht zu betrachten ist. Natürlich sind die Probleme von Asylanten nicht auf das Sammellager Horb zu beschränken.

Am 18./19. April dieses Jahres, während des 5. Bundeskongresses in Dortmund, hat die FIDEF die Öffentlichkeit auf dieses Problem verwiesen und ihre Solidarität mit den Asylanten, die ihr Land wegen politischer Unterdrückung und auf Grund der gefährdeten Lebensexistenz wie in der Türkei verlassen mußten, zum Ausdruck gebracht:
„FIDEF verurteilt alle Versuche, die Asylsuchenden von der Gesellschaft zu isolieren, sie in Sammellagern zu behausen oder sie für 1,50 DM pro Stunde zwangsweise zu beschäftigen.
Die Asylsuchenden hatten sich in ihrem Land gegen die antidemokratischen Praktiken gewandt und waren für ein menschenwürdiges Leben eingetreten. Nun leisten sie auch hier den berechtigten Widerstand gegen die ihnen aufgezwungenen menschenunwürdigen Bedingungen, gegen die Trennung von ihren Familien sowie gegen die Absichten, sie in die Türkei abzuschieben, noch bevor die demokratische Ordnung dort wieder eingekehrt ist."

FIDEF betont, daß das Asylrecht jedem Demokraten, jedem Antifaschisten gewährt werden muß, wie es im Grundgesetz der Bundesrepublik garantiert ist. ●

Verfassungsschutzbericht 1980:

Denunziation als Mittel zur Disziplinierung

„Der Verfassungsschutz verdient das Vertrauen unserer Bürger. Seine Arbeit ist schwierig und verantwortungsvoll," schrieb der oberste Dienstherr dieses Amtes, der Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum im Vorwort des Verfassungsschutzberichtes 1978.

Doch die Begriffe wie Verantwortungsbewußtsein und Vertrauenswürdigkeit dürften die angesprochenen Bürger auch mit der neuesten Auflage der alljährlichen „VS"-Berichte nur schwerlich in Verbindung bringen, die Herr Minister (rechtzeitig zur „Sauregurkenzeit" der Redaktionen) im Spätsommer dieses Jahres in Bonn der Presse vorlegte.

Neuerdings macht nämlich dieser Behörde nicht nur die sprichwörtliche „Blindheit auf dem rechten Auge" zu schaffen – besonders schwer haben es die vermeintlichen Beschützer der Verfassung mit ihrer Glaubwürdigkeit, seit dem bekanntwurde, daß sie neben ihren äußerst umfangreichen Observationstätigkeiten z. B. die betriebliche Gewerkschaftsarbeit nicht nur überwachen, sondern, wie im Falle des Opel-Betriebsrates Peter Jaszcyk, aktive Gewerkschaftler als Spitzel gegen ihre eigenen Kollegen zu gewinnen versuchen.

VS und „Ausländerüberwachung"

Was die Ausländer angeht, hatte der damalige Bundesinnenminister Genscher bereits im Februar 1970 in Anlehnung an das Bundesverfassungsschutzgesetz vom 27. September 1950 – das auf dem Höhepunkt des kalten Krieges verabschiedet worden war – das Bundesamt für Verfassungsschutz angewiesen, „politisch extreme Ausländergruppen gezielt zu beobachten" – zugegebenermaßen ausgehend von den Erfahrungen der Septemberstreiks 1969, an denen auch ausländische Arbeiter neben ihren deutschen Kollegen aktiv teilnahmen.
Bereits Ende 1971 vereinbarten auch die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und das Bundesamt für Verfassungsschutz eine engere Zusammenarbeit zur „Überwachung von ausländischen Arbeitern bei illegalen Streiks und politisch motivierten Ausschreitungen in den Betrieben". Das auf dieser Grundlage aufgebaute Überwachungssystem beschränkte sich jedoch bei weitem nicht auf betriebliche Ebene. Es wurde nach und nach durch interne Ländererlasse und eine ausdrücklich angeordnete „engere Zusammenarbeit von Ausländer- und Verfassungsschutzbehörden" perfektioniert.
Die gesetzliche Grundlage hierzu wurde nachträglich durch das Verfassungsschutz-Änderungsgesetz, das am 7. August 1972 in Kraft trat und die Beobachtungs- und Kontrollbefugnisse des Verfassungsschutzes auf Ausländer erweiterte, die „die innere oder äußere Sicherheit oder auswärtige Belange der BRD ... beeinträchtigen".

Enge Zusammenarbeit mit Ausländerbehörden

Parallel hierzu wurden einschneidende Maßnahmen ergriffen, die insgesamt gesehen eine fatale Ähnlichkeit mit der „Zentralen Registrierung der Ausländer im Verantwortungsbereich des Reichsinnenministeriums" der NS-Zeit aufweisen: Man begnügte sich nicht damit, bei den Zentralstellen der Kriminalpolizei „besondere Organisationseinheiten zur Erfassung politischer Aktivitäten von Ausländern" einzurichten. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln wurde Ende 1972 eine gesonderte

Abteilung für „Ausländerüberwachung“ installiert. In einem Ausländerzentralregister beim Bundesverwaltungsamt (Abt. III) werden mit Hilfe einer EDV-Anlage (Außenstelle: Bonn) Informationen aus Hinweisen der Verfassungsschutzbehörden gespeichert und bei Anfrage an die Ausländerbehörden weitergeleitet.
Doch anhand der entsprechenden Ausschnitte in den VS-Berichten der letzten Jahre kann unschwer nachgewiesen werden: Dieser gigantische Apparat dient mitnichten der Verteidigung der „inneren Sicherheit“ oder der – nirgendwo näher definierten – „Belange der Bundesrepublik“ vor „extremistischen Ausländern“. Er wird vielmehr als ein Instrument zur totalen Überwachung und Diskriminierung von fortschrittlichen und demokratischen Ausländern eingesetzt, während die rechtsextremistischen ausländischen Gewalttäter durch diese Berichte genauso verharmlost werden wie die neofaschistischen deutschen Terroristen. So konnte z. B. die Westfalenpost am 16. Juni 1980 melden: „Niedersachsens Verfassungsschutzchef, ein SPD-Mann, sagt unverblümt: ‚Graue Wölfe gibt es nicht mal in der Türkei!‘“ Auf derselben Linie lagen auch die Berichte des bayerischen Innenministeriums.

Gewerkschaftliche Organisierung: Sicherheitsgefährdend?

So begründen die VS-Berichte ihre „Berechtigung“, auch vermeintlich „orthodoxe Kommunisten“ unter den Ausländern zu überwachen, daß diese durch schriftliche Materialien und durch die Betreuung und die Interessenvertretung ihrer Landsleute „politischen Einfluß“ unter diesen gewinnen wollen. Als Beispiel ihrer besonderen Gefährlichkeit weisen sie u. a. darauf hin, daß solche

„Betreuungsorganisationen ihre Mitglieder und Anhänger auffordern, sich in deutschen Gewerkschaften zu organisieren und sich in Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer sowie in Ausländerbeiräten und -ausschüssen auf kommunaler Ebene zu betätigen, um den Forderungen ausländischer Arbeitnehmer Geltung zu verschaffen.“ (VS-Bericht 1977, S. 140)

Und wohl zum Beweise der „sicherheitsgefährdenden Aktivitäten“ der FIDEF wurden z. B. ihre Forderungen peinlich genau aufgelistet:

„Recht auf Aufenthalt und soziale Sicherheit in der BRD auch in Krisenzeiten; Recht, die Dauer der Tätigkeit und des Aufenthaltes selbst zu bestimmen; Recht auf ungehinderte politische und gewerkschaftliche Betätigung.“ (VS-Bericht 1977, S. 157)

Nicht fehlen durfte in dieser schlagkräftigen „Beweiskette“ natürlich der Brief der FIDEF und anderer ausländischer Organisationen an die KSZE-Konferenz in Belgrad, in dem die Anwendung der Vereinbarungen von Helsinki auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik gefordert werden (a. a. O., S. 139)!

Denunziation als Druckmittel

Auch der diesjährige Bericht wartet mit einem eigenen Abschnitt über „Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern“ auf. Unter der Zwischenüberschrift „Orthodoxe Kommunisten“ wird als einzige türkische Organisation FIDEF erwähnt. Diesmal halten sich die Berichterstatter mit erfundenen Kolportagen über angebliche „gewalttätige Auseinandersetzungen“ zurück: Schließlich bleibt das Bundesinnenministerium seit über einem Jahr in zwei von FIDEF anhängig gemachten Gerichtsverfahren die Beweise für die diesbezüglichen Behauptungen im Bericht des letzten Jahres schuldig (Az.: 1 L 750/80 u. 16 K 4978/80 VG Köln und 1 B 1832/80 OVG Münster).
Doch wer von den „verantwortungsbewußten“ VS-Beamten wiederum Fakten oder Beweise zur Begründung ihrer suggerierten Behauptung erwartet, von der FIDEF gingen verfassungsfeindliche, gar sicherheitsgefährdende Aktivitäten aus, muß sich wieder eines Besseren belehren lassen. Über FIDEF-Aktivitäten heißt es lediglich: „Ihre Aktionen richteten sich – abgesehen von der vehement geführten ‚Antifaschismus-Kampagne‘ – auch gegen die Handhabung des Asylrechts und die Einführung des Visumzwanges. Auf dem 4. Bundeskongreß der FIDEF im April wurden verstärkte ‚antifaschistische Aktionen‘ gefordert.“
Weitere Einzelheiten aus dem „Sündenregister“ der FIDEF, die ihre Aufnahme in den VS-Bericht legitimieren sollen:

„Orthodox-kommunistische Türken führten in zahlreichen Städten der Bundesrepublik – teilweise gemeinsam mit türkischen Gruppen der ‚Neuen Linken‘ – Demonstrationen gegen die Militärregierung in der Türkei durch. Auf Transparenten, in Sprechchören und Flugschriften forderten die Demonstranten zum Widerstand gegen die Militärregierung in der Türkei auf. Die Demonstrationen wurden u. a. von Angehörigen der DKP unterstützt.“ VS-Bericht 1980, „Ausländer“, S. 16)

Opposition zur Junta als „Hauptsünde“

Das eigenartige Demokratieverständnis der emsigen VS-Beamten, die die demokratische Opposition in der Bundesrepublik gegen die Militärjunta in der Türkei auf „orthodoxe Kommunisten“ und „DKP-Anhänger“ beschränken will, hat durchaus Methode: Indem sie geflissentlich verschweigen, daß der demokratische Widerstand gegen die türkische Junta nicht nur von Kommunisten, sondern von allen demokratischen gesellschaftlichen Gruppierungen unterstützt wird, unternehmen sie den Versuch, die Solidarität mit den Demokraten der Türkei schwächen zu können.
Die Zielsetzung läßt sich kaum verbergen: Analog zu Diffamierungen und notorischen Kriminalisierungsversuchen, von denen eine ganze Reihe demokratischer Organisationen in der Bundesrepublik getroffen ist, die in den VS-Berichten neben terroristischen Gruppierungen in einem Atemzug genannt werden, soll auch unter den demokratisch engagierten Kollegen ein Klima geschaffen werden, das Angst und Duckmäusertum erzeugen soll. Ihnen soll nicht nur das Recht verwehrt bleiben, für demokratische Verhältnisse in ihren Heimatländern einzutreten; sie sollen mit allen Mitteln davon abgehalten werden, sich zur Artikulierung ihrer berechtigten Interessen in demokratischen Ausländervereinen zu organisieren.

Zweierlei Maß für „Ausländer“

Über die „rechtsstaatlichen“ (und sicherlich auch sozialliberalen) Normen, denen sich dieses Amt samt seines Dienstherren verpflichtet zu sein vorgibt, legt ein weiterer Punkt beredtes Zeugnis ab: So erklärte der Innenminister noch in bezug auf deutsche Organisationen in seinem Vorwort zum VS-Bericht 1978:

„Die Versuche der DKP, Einfluß auf andere Organisationen zu gewinnen, werden in einem eigenen Kapitel dargestellt und nicht mehr unter dem Kapitel ‚Orthodoxe Kommunisten‘ aufgeführt. Mit dieser klaren Trennung soll jeder pauschalen Zurechnung aller in diesen Organisationen tätigen Mitglieder zum Kommunismus entgegengewirkt werden.“ (VS-Bericht 78, S. 7)

Könnte man für einen Augenblick von den Klimmzügen eines sich „liberal“ gebärdenden Geistes abse-
Fortsetzung auf S. 25

Woche der Freundschaft gegen die Ausländerfeindlichkeit

Auf dem Weg zu einer Tradition

„Ausgehend von den guten Erfahrungen der 'Woche der Freundschaft — gegen die Ausländerfeindlichkeit' Ende des Jahres '80 möchten wir auch dieses Jahr eine solche Aktionswoche veranstalten."
So kündigte FIDEF in einem Schreiben am 24.9.1981 an demokratische Organisationen, Persönlichkeiten, Parteien usw. die Aktionswoche dieses Jahres an, die vom 12.12. bis 20.12. dauern wird.
Die Erfahrungen, die die Einheimischen und Ausländer während der Veranstaltungen des letzten Jahres miteinander machten, deuten darauf hin, daß trotz unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft, trotz zum Teil gegensätzlicher Lebens- und Denkweisen, durchaus Verständnis und Verständigungsweisen für einander entwickelt werden können. Das Interesse der Einheimischen der unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten und die begeisterte Teilnahme der Ausländer verschiedener Nationalitäten waren der beste Beweis dafür, daß die beiderseitige Bereitschaft vorhanden ist, aufeinander zuzukommen.
An den zahlreichen Veranstaltungen des vergangenen Jahres nahmen Menschen teil, die in den gewerkschaftlichen, kirchlichen, schulischen Bereichen tätig sind. Zu den Teilnehmern zählten Bürgermeister, Vertreter der demokratischen Organisationen, der Wohlfahrtsverbände, Pfarrer, Politiker. Die demokratische, aber auch die bürgerliche Presse und die Fernsehanstalten trugen durch ihre dauerhafte Berichterstattung dazu bei.
Hunderttausende Flugblätter und tausende Plakate wurden verteilt. Platzkonzerte der ausländischen Musikgruppen, Folkloretänze fanden statt. In 42 Städten wurden Informations-



stände errichtet. 34 Veranstaltungen in Form von Hochzeiten, Freundschaftsabenden wurden durchgeführt. Kindergeburtstage wurden gefeiert, Ausstellungen wurden eröffnet.
In mehreren Städten besuchten die Mitglieder der örtlichen FIDEF-Vereine im Zusammenhang mit der Aktionswoche kranke und alte Menschen in verschiedenen Alten- und Krankenhäusern.
So wurde der erste Versuch der „Woche der Freundschaft" mit der Unterstützung der einheimischen Bevölkerung und anderer Nationalitätengruppen wie Griechen, Spanier, Portugiesen, Marokkaner, Tunesier, Italiener und Iranern zu einem Erfolg.

Der Einsatz aller Demokraten ist notwendig

Jedesmal, wenn es um die Verteidigung der Rechte der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes ging, standen die ausländischen Arbeiter in der vordersten Reihe. Ihre Beteiligung am Kampf gegen Rationalisierung der Arbeitsplätze, Lohnabbau, Wohnungsnot, für den Frieden usw. ist nicht mehr wegzudenken.
Die Versuche neonazistischer Kräfte, eine Mißstimmung in der Bevölkerung gegen die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter zu wecken, gar einen Ausländerhaß zu schüren, können nur dann wirksam bekämpft werden, wenn die Menschen in diesem Land konsequent für eine Gleichberechtigung der Ausländer eintreten, sich für die Freundschaft mit ihnen aussprechen und sich mit ihnen solidarisieren. Dabei ist der Einsatz aller Demokraten unverzichtbar.
Deshalb ruft FIDEF alle demokratischen deutschen und ausländischen Persönlichkeiten und Organisationen auf, sich an der Organisierung und der Durchführung der „Woche der Freundschaft — gegen die Ausländerfeindlichkeit" auch in diesem Jahr intensiv zu beteiligen. ●

„Wer gegen wen?"

Fortsetzung von S. 10

junta — aber gerade ihr kommt es auf einen Toten mehr oder weniger nicht an, auch nicht, wenn es sich um einen ihrer Bediensteten handelt. Im Gegenteil: die Erklärungen der Junta-Generäle legen ein beredtes Zeugnis davon ab, wie sie diese Taten für die Stabilisierung ihrer Machtposition ummünzen können.
Die scharfe Schneide aber richtet sich gegen all diejenigen, die in der Türkei endlich das freiheitliche und friedliche Zusammenleben der verscheidenen Völker erreichen wollen; gegen alle, die zur Militärdiktatur, zur Folter, zur Diskriminierung Nein sagen.
Die Erfahrungen aus der Geschichte, insbesondere aus der Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens zeigen, daß es keineswegs abwegig ist, zu vermuten, daß hier wieder einmal agents provocateurs am Werke sind, die die Verzweiflung und Ratlosigkeit von Armeniern ausnutzen, um den Blick der Weltöffentlichkeit von dem brutalen Terror einer Militärdiktatur von NATO's Gnaden abzulenken; um die Armenier zu Akten zu veranlassen, die — gerade jetzt, wo die europäische Öffentlichkeit gerade anfängt, die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zur Kenntnis zu nehmen — zur Anstiftung von Attentaten Zuflucht nehmen, wodurch die lästige Kritik an dem Vorgehen der Junta zum Schweigen gebracht werden kann.
Die diplomatischen Vertretungen der Türkei im Ausland werden nahtlos überwacht — auch in Frankreich. Welche „interessierten Kreise" und „Dienste" mögen den dilettantischen Attentätern die Lücken zugeflüstert haben? ●

Türkischer Arbeiterverein in Bremen und Umgebung

Breite Palette sozialer und kultureller Arbeit



Wir begannen in der letzten Ausgabe der Türkei-Information eine Serie über die in der FIDEF zusammengeschlossenen Arbeiter- und Jugendvereine, deren Aktivitäten im gesellschaftlichen Leben der Arbeiter aus der Türkei eine wichtige Rolle spielen. Wir setzen diese Reihe mit der Darstellung eines Vereines aus dem Norden der Bundesrepublik fort, dem „Türkischen Arbeiterverein in Bremen und Umgebung".

Seine Gründung liegt jetzt 18 Jahre zurück, 1963. Der Verein diente zunächst, so kann man den Schilderungen der älteren Mitglieder entnehmen, den Arbeitern als Treffpunkt, als ,,Kaffeehaus" im traditionellen Sinne, in dem die Besucher die Gebräuche und Gewohnheiten ihres Heimatlandes wiederzufinden versuchten. Diese künstlich geschaffene Welt verwandelte sich jedoch nach kurzer Zeit in eine Spielhalle, in der jegliche Ansätze zur Erfüllung sozialer und kultureller Bedürfnisse zugrunde gingen.

Erst 1979 trat mit der Wahl eines neuen Vorstandes ein Wendepunkt im Vereinsleben ein. Der alte Vorstand hatte infolge der Unzufriedenheit der Arbeiter eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen müssen. Dem Glücksspiel wurde ein Ende gesetzt. Man konzentrierte sich nun auf soziale Aktivitäten. Zu den Wohlfahrtsverbänden und den städtischen Einrichtungen wurden Kontakte hergestellt. In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule wurden Nähkurse für Frauen aus der Türkei durchgeführt. Seminare, z.B. zur Wohnungsfrage gemeinsam mit dem Jugendamt, wurden organisiert.

Im Jahre 1980 beschloß die Mitgliederversammlung des Vereins, der VIDEF beizutreten. ,,Für ein gemeinsames Handeln mit den einheimischen Werktätigen — Gemeinsam sind wir stark" wurde zum neuen Prinzip der Arbeit. Neue Beziehungen wurden aufgebaut, u.a. zum Kultursenat, zur Sozialakademie, zur Volkshochschule, zum Jugendfreizeitheim.

Der Bremer FIDEF-Verein bildet heute den zentralen Punkt im Sozial- und Kulturleben der Arbeiter, Frauen, Kinder und Jugendlichen aus der Türkei in Bremen.

Einen großen Stellenwert nimmt das Kulturschaffen der Mitglieder ein. Der Arbeiterchor ,,Solidaritätschor" mit seinen 23 Mitgliedern, davon 11 Frauen, begleitet von einer Musikgruppe mit Schlag-, Saiten- und Blasinstrumenten, machte sich auch unter der einheimischen Bevölkerung einen Namen. Mit 20 Kindern wurde außerdem noch ein Kinderchor gebildet. Die 10-köpfige Tanzgruppe fehlt mit ihren Volkstänzen auf keinem der Straßenfeste und keiner Veranstaltung der Stadt.

Der Sänger Heval, ein Volkssänger im ursprünglichen Sinne des Wortes, übt neben seiner praktischen Arbeit im kulturellen Leben des Vereins auch eine kompositorische Tätigkeit aus.

In allen Bereichen der Bildungsarbeit entwickelte sich der Verein weiter. Hier nur einige Beispiele, wie der Verein dem Bemühen um eine sinnvolle Integration gerecht wird.

Unter der Leitung von Brenda Basar und dem Bremer Universitätsprofessor Klaus Liebe-Harkort werden sowohl Deutsch- als auch Türkischkurse durchgeführt, somit das Bildungsangebot auch auf die deutsche Bevölkerung ausgedehnt. Angesichts der besonderen Lage der Frauen aus der Türkei werden in Zusammenarbeit mit der VHS Sprachkurse speziell für Frauen organisiert.

Der Kultursenat der Stadt Bremen verpflichtete sich in einer Abmachung mit dem Verein, jährlich 3 Kulturabende zu veranstalten, Gelegenheit, die eigene Kultur zu pflegen, aber auch den Einheimischen und anderen Nationalitätengruppen näherzubringen. In den letzten zwei Jahren organisierte der Bremer FIDEF-Verein 4 Großveranstaltungen, an denen 2000 Menschen teilnahmen. Inzwischen ist die Kulturarbeit des Vereins weit über die Grenzen Bremens, bis ins Ruhrgebiet bekannt geworden. Zu vielen Veranstaltungen und Festen wurden die Bremer schon eingeladen.

Nicht zuletzt auch die gute Zusammenarbeit mit Organisationen und Gruppen wie „Bremer-Jugend-Verein", „Komitee der fortschrittlichen Frauen", den Kurden und anderen Minderheiten aus der Türkei sowie deutschen Jugendorganisationen ist ein Beweis für die Vielfalt der Aktivitäten und des Engagements des Vereins.

Erwähnenswert ist u.E. auch die Resonanz, die die erfolgreiche Arbeit in den Medien fand: Radio Bremen bereitet einen zweieinhalbstündigen Bericht mit dem Volkssänger Heval und dem Vereinsvorstand vor, darüber hinaus eine einstündige Aufnahme mit Heval.

Wir möchten zum Schluß einem Wunsch der Vereinsmitglieder nachkommen, in dem wir alle demokratischen Organisationen und öffentlichen Institutionen in Bremen und Umgebung aufrufen, den ,,Türkischen Arbeiterverein in Bremen und Umgebung" näher kennenzulernen und seine Aktivitäten zu unterstützen.



VS-Bericht

Fortsetzung von S. 22

hen, Kommunisten schon wegen ihrer Eigenschaft als Kommunist als Verfassungsfeinde abzustempeln, wäre dem Innenminister diese „Feinfühligkeit" vielleicht noch hoch anzurechnen. Doch auch diese Differenzierungskunst findet ihre Grenzen, wenn es sich um Ausländer handelt, bei denen nicht einmal diese Rücksichtnahmen erforderlich zu sein scheinen. Die Baum-Untergebenen dürfen in dem entsprechenden Abschnitt über Türken unter dem Oberbegriff „orthodoxe Kommunisten" als einzige Organisation die „FIDEF" beim Namen nennen. Und wo keine einzige Handlung als Beweis für die notorischen Diffamierungen herangezogen werden können, flüchtet man zu dem lapidaren Nebensatz:

„FIDEF, die von der in der Türkei verbotenen TKP beeinflußt ist..." Selbst nach Logik des Ministers dürften durch diese Zuordnung alle FIDEF-Mitglieder für militant antikommunistische Junta-Schergen und die Grauen Wölfe vogelfrei erklärt worden sein.
Es gab auf deutschem Boden schon eine unrühmliche Zeit, in der mangels Beweise Gesinnungsurteile ausgesprochen wurden. Die mühsam zusammengesponnene Suggerierung von „Verfassungsfeindlichkeit" und „Sicherheitsgefährdung" im Zusammenhang mit Aktivitäten demokratischer Ausländerorganisationen, die sich vorbehaltlos zu Prinzipien der demokratischen Arbeiterbewegung bekennen, wird ihren Initiatoren ebensowenig zu Ruhme gereichen.
Wie schrieb noch Herr Baum in seinem erwähnten Vorwort:

„Der VS-Bericht will durch Informationen dazu beitragen, den Blick für extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen zu schärfen." (VS-Bericht 78, S. 3)

In der Tat: Sollte Herr Minister zu den aufgelisteten Ungereimtheiten, vor allem zu dunklen Beziehungen seiner Beamten im Verfassungsschutzamt mit führenden Grauen Wölfen, nicht öffentlich Stellung nehmen, könnte dies vielen Bürgern dieses Landes den Blick für die denunziatorischen Methoden mancher VS-Beamten verschärfen, die offenbar nicht nur einheimischen Rechtsextremisten gegenüber ein sonderbares Verhalten an den Tag legen. ●

Frauen

Fortsetzung von S. 16

schon gar nicht objektiviert. Ich habe auch – im engsten Sinne des Wortes – mehr „erfahren", als es hier zum Ausdruck kommen kann: So wußte ich z.B. theoretisch, daß die Strom- und Wassersperren im Alltagsleben ein Hindernis sind; aber erst als ich allein in einer Wohnung in Istanbul wohnte und unmittelbar davon betroffen war, fühlte ich, verstand ich, wie wesentlich der Tagesablauf durch diese Sperren geprägt wird, wie viele Gedanken und Handgriffe verschwendet werden müssen, um einen Wasservorrat anzulegen – und dies ist nur ein Beispiel, in dem sich die Unterschiede zum Alltagsleben auch in den Städten zeigt. ●

Trotzdem möchte ich behaupten, daß die Probleme der türkischen Frauen denen der deutschen letztlich sehr verwandt sind, wenn auch unterschiedliche Ausprägungen der Probleme festzustellen sind, die m.E. hauptsächlich durch die miserable ökonomische Situation bedingt sind.

1 Gecekondu – „nachtgebaute" Häuser werden nach alter Tradition ohne Genehmigung auf ungenutztem, fremden Grund und Boden errichtet, fast immer gleich siedlungsweise. ●

Hungerstreik

Fortsetzung von S. 18

gezwungen, falsche Geständnisse zu unterzeichnen. Die Zahl der Folteropfer geht in die Hunderte.
Heute sind die Werktätigen der Türkei vom Hunger bedroht. Durch die von Konzernen und Imperialismus kontrollierte Wirtschaftspolitik werden nicht nur Arbeiter und Werktätige, sondern auch Kleingewerbetreibende, Handwerker und Kleinunternehmer ruiniert. Auf der anderen Seite steigen die Profite einer Handvoll Großkapitalisten auf Rekordhöhen.
Mit dem Hungerstreik, den Du mit dem Ziel antratst, daß diese Tatsachen auch den breitesten Kreisen in der Bundesrepublik bekannt werden, erklären wir unsere volle Solidarität und Unterstützung.
Wir fordern auch, daß diese Tatsachen von einer unabhängigen Kommission überprüft werden. Selbstverständlich soll eine solche Kommission ihre Befragung nicht auf einen beschränkten Kreis von Verantwortlichen begrenzen, sondern sie müssen auch die inhaftierten Gewerkschafter, die Funktionäre der demokratischen Massenorganisationen, die zum größten Teil in Haft sind, und die gefolterten Häftlinge interviewen.
– Schluß mit Folterungen! Die Folterer müssen zur Rechenschaft gezogen werden!
– Freilassung aller Demokraten! Freiheit für alle demokratischen Organisationen!
– Keine Demokratie ohne den Sturz der Junta!
– Verbot der „Türk-Föderation"!

DISK

Fortsetzung von S. 18

toritäre Macht darstellen wird, die die demokratischen Rechte und Freiheiten weiterhin mißachten, die Rechte der arbeitenden Bevölkerung negieren und die soziale Opposition mit allen Mitteln unterdrücken wird.
Aber unser Volk sehnt sich nach einer realen Demokratie, in der die Entwicklung des Landes vorangetrieben werden kann; dies wird tagtäglich deutlich in seinem Kampf für eine demokratische Ordnung, die es verdient.
Weil die Demokratie in der Türkei außer Kraft gesetzt wurde, weil die Menschenrechte in einem europäischen Land mit Füßen getreten werden, appelieren wir an Sie und an alle Verteidiger der Demokratie, der Menschenrechte und der Gerechtigkeit: Die demokratischen Kräfte der Türkei erwarten, daß Sie Ihre Stimme erheben und sich für folgende Forderungen einzusetzen:
— Schluß mit der Unterdrückung der demokratischen Kräfte in der Türkei!
— Sofortige Beendigung der Folter und unmenschlichen Unterdrükkungspraktiken!
— Wiederherstellung einer unabhängigen Justiz!
— Sofortige Aufhebung des DISK-Ver-bots!
— Sofortige Freilassung der DISK-Gewerkschaftler und Aufhebung des DISK-Prozesses!
— Gewährung der Organisations- und Koalitionsfreiheit!
Wir appelieren an Sie, nicht nur in Ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Europarates, aber auch als demokratisch gewählte Volksvertreter. Wir rufen Sie auf, in Ihren Ländern, bei Ihren Regierungen, bei den demokratischen Organisationen Initiativen zu entwickeln, die die Herstellung der demokratischen Verhältnisse und Beendigung der Folter und Unterdrückung in der Türkei fordern. Die Militärdiktatur, die uns Demokraten nur deshalb angreift, weil wir uns für eine bessere Zukunft unseres Landes eingesetzt haben, muß selber durch die demokratische Weltöffentlichkeit verurteilt werden. ●

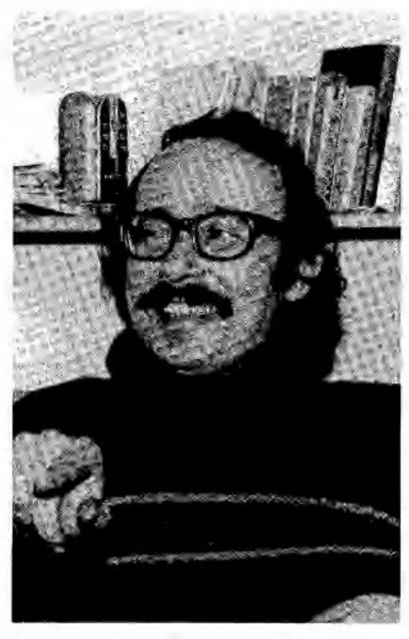
Tashin Incirci

Der erste türkische Arbeiterchor

Ich bin 1938 in Devrek geboren. Ich absolvierte das Lehrerseminar Çapa in Instanbul und die Musikabteilung des Gazi Egitim Instituts in Ankara (1961). Ich habe meine Musikausbildung mit 12 Jahren bei Avni Özbekli mit Saz-Unterricht begonnen. In diesen Schulen habe ich die Gelegenheit gehabt, bei Meistern wie Ekrem Zeki Ün, Eduard Zuckmayer und Ulvi Cemal Erkin die europäische Musik, bei Fahri Kopuz die traditionelle türkische Musik und bei Sadi Yaver Ataman die türkische Volksmusik kennenzulernen 1963 kam ich mit einem DAAD Stipendium in die BRD. Zuerst studierte ich an der Musikakademie in Detmold, anschließend an der Staatlichen Hochschule für Musik in Westberlin. Ich schloß 1969 mein Studium als Geiger ab. 1970 bis 1972 arbeitete ich im Orchester der Staatlichen Oper in Istanbul und im Kammerorchester von Radio Istanbul. 1972 kehrte ich nach Westberlin zurück. 1973 gründeten wir den Arbeiterchor. Seither arbeite ich in Westberlin. In den letzten zehn Jahren ist das Komponieren mein schwerpunkt gewesen. Meinen Lebensunterhalt bestreite ich mit Geigenunterrricht.

Wie sind Sie zur politischen Musik gekommen?

Ich wurde ausgebildet, um in den Musikinstitutionen zu arbeiten, die sich im Monopol der Herrschenden befinden, und um das Musikbedürfnis dieser Kreise zu befriedigen. Ich spielte in der Istanbuler Oper Verdi Opern, gleich danach mußte ich bei der Heimkehr den von Bettlern und Straßenverkäufern bevölkerten Taksim Platz überqueren. Der 12. März 1971 kam. Ich verließ die Türkei. Der einzige Gedanke in meinem Kopf war, als ich nach Westberlin kam, „Politische Musik" zu machen. Als beste Lösung erwies sich, mit einem Arbeiterchor anzufangen. Unter den Arbeitern habe ich die Arbeiter und ihre Probleme noch besser kennengelernt. Die Musik, die ich komponiere, war eine neue Musik, die nicht immer so leicht zu verstehen war. Ich war erstaunt, als ich feststellen konnte, daß die Werktätigen so offen gegenüber etwas Neuem sind. Mehrere türkische „Diplommusiker", die ich kannte und deren Zahl in Westberlin nicht gering ist, haben meine Initiative geringgeschätzt und sagten: „Was plagst du dich mit Leuten, die nicht mal Noten lesen können? Daraus kann nichts werden." Daraus wurde am Ende sehr viel. Unsere Schallplatten und Tonbänder wurden in der Türkei vor Hunderttausenden gespielt, und unsere Lieder wurden von den Massen gesungen. Die Herrschenden fingen an, wie es Nazim Hikmet ausdrückt, sich vor unseren Liedern zu fürchten. Sie haben meinen Namen als Komponist und den Arbeiterchor aus ihren Presseorganen verbannt. Das letzte Beispiel: Das ZDF sendete am 12. September ein Programm über den Chor mit drei Liedern. Keine Zeitung verlor darüber ein Wort. Das Programm:



Nachbarn in Europa, durchschnittliche Zuschauerzahl: 8 Millionen! Wir sind der erste türkische Chor, der den Namen „Arbeiterchor" getragen hat. Unsere Freunde wissen das und freuen sich darüber, unsere Feinde wissen das auch, und hassen uns dafür. Wie kann es auch anders sein?

Wie erklären Sie die Tatsache, daß der erste türkische Arbeiterchor nicht in der Türkei, sondern im Ausland, in der BRD, entstanden ist?

Seit Beginn unseres Jahrhunderts gab es in Deutschland eine Arbeiterchortradition. Diese Tradition wurde in den letzten Jahren wieder lebendiger. Hier gibt es die Möglichkeit, bei politischen Veranstaltungen, angefangen von Sologesang bis zu den großen Chören, Künstler zu hören, die politische Musik machen. Wir treffen bei solchen kulturellen Veranstaltungen forschrittliche Türken, die hier in der BRD leben und arbeiten. An solchen Kulturabenden haben auch wir die Wirkung der Kunst auf die Massen festgestellt, selbst erlebt, und wollten von der selben Kraft für unsere politische Arbeit schöpfen und gründeten den Chor.

Können Sie uns die Entstehung des Chores schildern?

Wir haben den Arbeiterchor 1973 gegründet. Am Anfang waren wir nur zehn bis zwölf Personen. Lange Zeit trug er den Namen ATTF-Arbeiterchor. Ein Jahr nach der Gründung haben wir die erste Langspielplatte „Arbeiterlieder" herausgegeben. Wir sangen ein paar bekannte Lieder der internationalen Arbeiterbewegung auf türkisch. So wurde erreicht, daß diese in der Türkei verbreitet und bekannt wurden. Diese Langspielplatte wurde unter einem anderen Namen als Raubdruck vertrieben.

Worauf basiert Ihrer Meinung nach der Erfolg des Arbeiterchores?

Als wir den Chor gründeten, hatten wir ein Problem. Die meisten Chormitglieder waren Arbeiter, die die Noten nicht lesen konnten. Es ist nicht unbedingt erforderlich, die Arbeiterlieder mehrstimmig zu singen, aber ein kräftiger Klang ist ausdrucksvoller. Deswegen, um sowohl den Klang zu verstärken wie auch die Monophonie zu beseitigen, setzte ich verschiedene Musikin-



strumente ein. Ich arrangierte sie so, daß sie die Lieder begleiten konnten. Mit Hilfe von deutschen Freunden, die Berufsmusiker waren, spielten wir die Lieder und integrierten sie in den Chor. So kam ein großer Klang zustande. Die Instrumente die ich in der Regel einsetze sind: Flöte, Oboe, Klarinette, Gitarre, Schlagzeug, Trommel, Tamburin, Zimbeln, Klavier, Saz (ein türkisches Saiteninstrument) oder Cura (eine kleine Saz) Geige, Viola und Violoncello. Weil das Klavier fast all die Stimmen der anderen Instrumente einschließt, wurde es zu unserem Hauptinstrument. Für die Interpretation der Kampflieder und marschähnlichen Stücke ist der Klang des Klaviers am geeignetsten.

- Wir haben moderne Werke auf eine neue Weise interpretiert.
- Wir haben uns daran gewöhnt, die Lieder des Klassenkampfes auf eine ihrem Inhalt angemessene Weise zu singen.
- Mit der Zeit konnte der Chor auch zweistimmig singen und entwickelte sich künstlerisch.
- Wir gaben uns Mühe, die Volkslieder so zu singen, daß ihre Ursprünglichkeit nicht zerstört wurde. Wir haben die dafür geeigneten Instrumente mit Sorgfalt gewählt und eingesetzt.
- Wir widerspiegelten in unseren Liedern die aktuellen Ereignisse (Kindergeldlied, Lied der Regierung der Nationalen Front, Lied gegen die Staatssicherheitsgerichte).

Das wichtigste war, daß wir ständig am Kampf für Demokratie und Sozialismus beteiligt waren, daß wir ein untrennbarer Bestandteil dieses Kampfes waren. Eine Kunstaktion wie ein Chor, die die Arbeit von vielen erfordert, ist auch durch eine gemeinsame Ideologie zu realisieren. Es ist nicht einfach, in einem Arbeiterchor mitzusingen. Das erfordert sowo hl die Bereitschaft, Opfer undSchwierigkeiten auf sich zu nehmen, als auch ein gesundes politisches Bewußtsein. Auf unseren Chor trifft beides zu. Dies sind die Gründe für unseren Erfolg.

Gibt es eine Musiktradition der türkischen Arbeiterbewegung?
Es gab in der ganzen Geschichte der türkischen Arbeiterbewegung auch immer ihre Musik. Beispiele sind Lieder wie: Kapitän Dursun, Gendarm, Das Ägäische Meer, Lied der Türkischen Kommunistischen Partei, Das Baby, Die Berge von Korea, und später Der 16. Juni, Der Arbeiter geht voran, nachher Gruß an die Arbeiterklasse der Türkei und jetzt Das Feuer des Streiks, dessen Worte von dem jungen Dichter Yaşar Miraç, der jetzt inhaftiert ist, verfaßt wurden.

Worin sehen Sie Ihre Aufgabe als fortschrittlicher Musiker?
Die Massen erwarten noch mehr erfüllende, große Stimmklänge. Die Massen erwarten Lieder mit mehr konkreten Inhalten. Die Massen erwarten eine neue Sprache. Als Verantwortlicher für Kunst im Kollektiv muß man das wissen, fühlen, Werke schaffen und anbieten. Ich bin der Meinung, daß ich das im großen und ganzen gemacht habe.

Sie wurden „Hanns Eisler der Türkei" genannt. Was meinen sie dazu?
Ich akzeptiere für mich selber die Bezeichnung „Hanns Eisler der Türkei" nicht.
Hanns Eisler kämpfte für zwei Sachen:

1. Die Massen sollten Gefallen an allen Arten von Musik finden. Sie sollten aus diesen Nutzen ziehen. Das heißt, daß die Konzertsäle nicht von bestimmten Schichten monopolisiert werden durften.
2. Musik sollte als ein effektives Instrument für das Aufrütteln und für die Einigung der Massen in ihrem Kampf eingesetzt werden. Eisler starb, nach dem er die Realisation beider Aspekte in der Deutschen Demokratischen Republik erleben konnte. Wenn ich auch das Glück habe, in der Türkei dieselbe Entwicklung zu erleben, dann kann der, der es so möchte, mich „Tahsin Incirci der Türkei" nennen. Ich würde mich als glücklich betrachten.

Wie Sie wissen, ist die Internationale in der Türkei verboten, und die, die sie gesungen haben, sind zu sechs bis sieben Jahren Haft verurteilt worden. Wie wirkt diese Tatsache auf Sie? Was empfinden Sie?
Es ist verboten, in der Türkei die Internationale zu singen. Warum sollte sie nicht verboten sein? Sie ist ein gefährliches Lied. Und wenn es Leute gibt, die deswegen zu sechs bis sieben Jahren Haft verurteilt worden sind, sollten wir das der ganzen Welt bekanntmachen.
Was für eine Wirkung diese Tatsache auf mich hat? Meine Antwort darauf ist eine Entschluß: Ich führe die Vertonung eines Gedichtes von Nazim Hikmet, womit ich schon vor vielen Jahren angefangen hatte, endgültig zu Ende. Das Gedicht fängt so an:
Der, der sie liebt, ist ein Kommunist
und wird seit zehn Jahren gefangengehalten
Er ist in der Festung von Bursa eingesperrt,
Er ist eingesperrt, aber seine Ketten
hatte er vor langem gebrochen.

Was sind ihre Pläne für die Zukunft?
Ich befasse mich von neuem mit dem Epos von Scheich Bedreddin, dessen erste Fassung schon einmal aufgeführt wurde (1977). Ich vertone einige Gedichte von Yaşar Miraç und Hasan Hüseyin. Ich arbeite noch an der Balettmusik für Nazim Hikmets Märchen „Die verliebte Wolke". Ich bereite ein Stück für Instrumente, Gesang und Sprechchor zu Nazim Hikmets „Briefe an Taranta-Babu" vor. Ich adaptiere Musikstücke aus der Türkei für Geige, Klavier, Schlagzeug und Kontrabass. ●





Bezug: Türkenzentrum, Schinkestraße 9, 1000 Berlin 36



TRAURIGE FREIHEIT

Du verkaufst, was Dein Blick umsorgte,
Deine Hand sichtbar machte,
Du knetest den Teig aller irdischen Güter,
ohne je etwas davon zu genießen.
Mit Deiner großen Freiheit, für andere zu schuften,
mit der Freiheit, den zum Krösus zu machen,
der Deine Mutter weinen macht,
    bist Du frei.

Vom Augenblick Deiner Geburt an
steigen sie Dir auf den Kopf,
ihre Lügenmühlen mahlen endlos durch Dein Leben.
Mit Deiner großen Freiheit,
die Hände an den Schläfen, denkst Du nach.
Mit der Freiheit des Bewußtseins
    bist Du frei.

Dein Kopf hangt,
er scheint vom Nacken sich trennen zu wollen,
Deine Arme baumeln herab,
mit Deiner großen Freiheit stromerst Du umher.
Mit der Freiheit des Arbeitslosen
    bist Du frei.

Du liebst Dein Land wie Deinen nächsten Freund,
eines Tages verkaufen sie's, vielleicht an Amerika,
und Dich dazu mit Deiner großen Freiheit.
Mit der Freiheit, ein Luftwaffenstützpunkt zu werden,
    bist Du frei.

Wallstreet greift nach Deiner Kehle
(verflucht sei diese Hand!),
eines Tags schicken sie Dich vielleicht nach Korea.
Mitsamt Deiner großen Freiheit füllst Du ein Grab . . .
Mit der Freiheit, zum Unbekannten Soldaten zu werden,
    bist Du frei.

Ich will leben,
nicht einfach als Werkzeug, Nummer, Mittel
ich will, sagst Du, als Mensch leben.
Mit Deiner großen Freiheit schließen sie Deine Handschellen.
Mit der Freiheit,
verhöhnt, eingekerkert, selbst gehängt zu werden,
    bist Du frei.

Keinen eisernen, keinen hölzernen,
keinen seidenen Vorhang gibt's für Dich,
Du brauchst nicht die Freiheit zu wählen.
    Du bist frei.

Eine traurige Sache unter dem Himmel
ist diese Freiheit.

NAZIM HIKMET

